UNIVERSITÄT AUGSBURG
Universitätsbibliothek

OPEN ACCESS
OPUS AUGSBURG

Neue Macht, neue Mächte –gute Gründe? Rekonstruktion einer außenpolitischen Diskursoffensive in Deutschland

Ulrich Roos, Charlotte Rungius

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Roos, Ulrich, and Charlotte Rungius. 2016. "Neue Macht, neue Mächte –gute Gründe? Rekonstruktion einer außenpolitischen Diskursoffensive in Deutschland." *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 9 (1): 39–78. https://doi.org/10.1007/s12399-015-0555-8.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:
Deutsches Urheberrecht
Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:
https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publiz/

Neue Macht, neue Mächte – gute Gründe? Rekonstruktion einer außenpolitischen Diskursoffensive in Deutschland

Ulrich Roos · Charlotte Rungius

Zusammenfassung Die vorliegende Studie geht davon aus, dass das Strategiepapier *Neue Macht, Neue Verantwortung* (SWP und GMF 2013) den konzeptionellen Kern einer konzertierten Diskursoffensive zentraler außenpolitischer Akteure bildet. Die auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Januar 2014 gehaltenen Reden des Bundespräsidenten, der Verteidigungsministerin und des Außenministers gelten als besonders öffentlichkeitswirksame Elemente dieser Offensive. Das Ziel der Studie ist es, die in diesen Sprechakten zum Ausdruck gelangenden Überzeugungen zu rekonstruieren und sie in Bezug auf Identität und Auftrag deutscher Außenpolitik zu befragen.

New Power, New Powers – Good Reasons? Reconstruction of a Discourse Campaign in German Foreign Policy

Abstract The study assumes the strategy paper *New Power, New Responsibility* (SWP and GMF 2013) to form the conceptual core of an orchestrated discourse campaign by central actors in German foreign policy. The speeches held by the

Dr. U. Roos (✉) · C. Rungius
Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung, Universität Augsburg,
Universitätsstr. 10
86135 Augsburg, Deutschland
E-Mail: ulrich.roos@phil.uni-augsburg.de

C. Rungius
E-Mail: charlotte.rungius@phil.uni-augsburg.de

German president, the defence minister, and the foreign minister in January 2014 at the Munich Security Conference are perceived as the publicly most visible elements of the campaign. The aim of the study is to reconstruct the assumptions and convictions that underlie the speech acts and to question them with respect to identity and mandate of German foreign policy.

1 Einleitung

Das im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 und der daran anschließenden Regierungsbildung veröffentlichte Strategiepapier *Neue Macht, Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch* (SWP und GMF 2013), im Folgenden mit NMNV-Papier abgekürzt, bildet, so lautet die Grundannahme der hier vorgelegten Studie, den konzeptionellen Kern einer konzertierten Diskursoffensive[1] zentraler außenpolitischer Akteure.

Als besonders öffentlichkeitswirksame Elemente dieser Diskursoffensive gelten uns die Reden des Bundespräsidenten Joachim Gauck, der Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und des Außenministers Frank-Walter Steinmeier auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Januar 2014. In der wissenschaftlichen Rezeption besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass diese Reden inhaltlich aufeinander abgestimmt waren (Bell et al. 2014; Hellmann 2015; Kiesewetter 2015; Schetter 2014).[2] Spätestens seither prägt sowohl in den Medien als auch in der Fachliteratur die dort offensiv vorgetragene These von der gewachsenen Macht und der neuen internationalen Verantwortung die Diskussionen um deutsche Außenpolitik (Hellmann 2013, 2015; Maihold 2014; Maull 2014, 2015; Rode 2014; Schetter 2014).[3]

Angesichts der erkennbaren Diskurshoheit und der damit möglicherweise einhergehenden außenpolitischen Handlungsrelevanz erscheint es lohnend, die Argumentation dieser Diskursoffensive und die mit ihr verbundenen ontologischen Setzungen, Strategien, Ziele und Auslassungen zu analysieren. Erst die Rekonstruktion von Begründungsmustern und Handlungsregeln eröffnet aus unserer

[1] Wir begreifen die in diesem Absatz genannten Sprechakte als *Diskursoffensive,* weil wir davon ausgehen, dass diese darauf abzielen, den Diskurs und damit die Möglichkeitenräume deutscher Außenpolitik zielgerichtet zu beeinflussen (der hier Verwendung findende Diskursbegriff und weitere formaltheoretische Figuren werden in Kap. 3 erörtert).

[2] Jenseits der auch für einen hermeneutisch ungeschulten Blick unübersehbaren semantischen Parallelen verdeutlicht ein über die Hintergründe wohlinformierter Beitrag der Zeitung Die Zeit über den Entstehungskontext und die Zusammenhänge zwischen dem Strategiepapier NMNV und den „drei Münchner Reden“ (Bittner und Naß 2014).

[3] Deutsche Außenpolitik war in den Jahren zuvor – insbesondere seit der Enthaltung zur *Libyen-Resolution* – zunehmend als krisenhaft weil orientierungslos beschrieben worden. Es fehle ihr an Entschlossenheit, Verlässlichkeit und – damit zusammenhängend – vor allem an einer klaren Ausrichtung (Müller 2011; Maull 2011). In einer sich rasant verändernden Welt bedürfe es dringender denn je einer Klärung von Standpunkten und Zielen, um auf neue Herausforderungen reagieren zu können bzw. um überhaupt handlungsfähig zu sein (Sandschneider 2012).

Sicht ein tiefergehendes Verständnis der die aktuellen Debatten dominierenden Weltbeschreibungen und der daran geknüpften Handlungsempfehlungen. Was beispielsweise die Forderung nach einer stärkeren Übernahme internationaler Verantwortung konkret bedeutet (und in der außenpolitischen Praxis zu bewirken vermag), kann erst durch die Rekonstruktion und das In-Konstellation-Setzen dieser Zielformulierungen mit den vorgenommenen Krisennarrativen, den als *wahr* behaupteten und nicht mehr hinterfragten Setzungen und den dabei verfolgten Strategien aufgeschlossen und entsprechend *sinnvoll* diskutiert werden. Die Rekonstruktion von Begründungsmustern ist insofern der Schlüssel für eine eingehende Auseinandersetzung mit den aktuellen Deutungsangeboten über die Gegenwart und Zukunft deutscher Außenpolitik und damit eine unumgängliche Voraussetzung ihrer reflektierten Gestaltung.

Aus diesem Anlass haben wir die wichtigsten Elemente des vom Forschungsstand als *Debatte um die neue Außenpolitik* verstandenen Diskurses (das bereits erwähnte NMNV-Papier und die drei Reden auf der Münchner Sicherheitskonferenz) auf die sich in ihnen ausdrückenden Bedeutungsmuster hin untersucht. Das Ergebnis unserer Rekonstruktionsarbeit bestätigt dabei die in der wissenschaftlichen Rezeption behauptete Parallelität wesentlicher Elemente der untersuchten Sprechakte, die sich zu einem Leitnarrativ verengen. Die Struktur dieses Leitnarrativs wird jedoch durch die Kontrastierung mit der – in einigen bedeutsamen Setzungen hiervon abweichenden – Positionierung des amtierenden Außenministers Steinmeier und die Reflexion dessen, was nicht gesagt wird, also der diskursiven Auslassungen, noch besser verständlich.

Im Folgenden stellen wir in aller Kürze die unserer Arbeit zugrunde liegenden erkenntnistheoretischen Überzeugungen und ontologischen Setzungen vor, um daran anschließend die methodische Vorgehensweise nachvollziehbar zu machen (Kap. 2). Den Hauptteil dieses Papiers bildet die Darstellung unserer Befunde (Kap. 3). Der Beitrag schließt mit einem Resümee und einer kritischen Einordnung der rekonstruierten Diskursoffensive in die bisherige Debatte über die Entwicklung deutscher Außenpolitik (Kap. 4).

2 Formaltheoretische Prämissen und methodische Vorgehensweise

In diesem Kapitel möchten wir kurz skizzieren, auf welchen ontologischen Prämissen und epistemologischen Überzeugungen die vorliegende Arbeit aufbaut. Dies ist aus unserer Sicht eine wesentliche Voraussetzung, nicht nur, um die Forschungsidee und unsere Vorgehensweise nachvollziehen und zielgerichtet kritisieren zu können, sondern auch, um den Typus des mit unserem Theorieangebot erhobenen *Wissensanspruchs* richtig einordnen zu können.

2.1 Ontologische Prämissen

Der vorliegende Beitrag verbindet für frühere Forschungsarbeiten maßgebliche Elemente einer pragmatistischen Handlungstheorie (Roos 2003, 2010; Roos und Seidl 2015; Rungius 2013) mit diskursanalytischen Konzepten. Wir fragen danach, *welche Legitimierungen und grundlegenden Handlungsregeln seitens der besonders*

bedeutsamen DiskursteilnehmerInnen deutscher Außenpolitik formuliert werden, mit dem Ziel, Setzungen, Strategien und finale Gründe zu dechiffrieren und die diskursiven Auslassungen – das Nicht-Gesagte bzw. Realisierte – zu reflektieren. Wir verstehen dabei sowohl *Setzungen*, als auch *Strategien* und *finale Gründe* als von *Handlungsregeln* konstituiert. Dieser für unsere Fragestellung zentrale Begriff geht auf den klassischen Pragmatisten Charles Sanders Peirce zurück. Peirce ging davon aus, dass die Überzeugungen der Menschen als Handlungsregeln zu denken seien, dass Akteure also aufgrund ihrer Überzeugungen handeln („belief is a rule for action", Peirce 1992, S. 129). Dabei begriff er Überzeugungen als Resultat von Interaktion, von Praxis und Erfahrung. Handlungsregeln können an der Praxis scheitern, Menschen und Kollektive in Krisen geraten, was eine Veränderung bisheriger Handlungsregeln notwendig macht. Menschen können also lernen (ob bewusst oder unbewusst ist hierbei irrelevant) und ihre Handlungsregeln sind Resultat eines komplexen prozessualen, lebendigen Gewebes von Zweifel und Glaube, von Krise und Routine, von Wandel und Kontinuität.

Die Menge aller Handlungsregeln eines Akteurs begreifen wir als dessen Identität.[4] Setzungen, Strategien und finale Gründe verstehen wir als drei Typen von Handlungsregeln, deren Unterscheidung selbstverständlich nicht trennscharf möglich, aus analytischen Zwecken jedoch hilfreich ist. Als *Setzungen* begreifen wir sehr grundlegende ontologische Prämissen der untersuchten DiskursteilnehmerInnen, zum Beispiel deren grundlegende Weltsichten und impliziten theoretischen Annahmen. Als *Strategien* gelten uns wiederholt auftretende Handlungsmuster der Zielverfolgung. Und als *finale Gründe* bezeichnen wir jene Handlungsregeln, die Aufschluss über die zentralen Ziele der Akteure geben.

Politische Akteure kommunizieren im Zuge der Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen (Luhmann 1986, S. 171) ihre Überzeugungen, um diese dem davon tangierten Kollektiv gegenüber zu legitimieren und solcherart „Legitimationsglauben" zu stiften (Weber 1976, S. 122). In diesem Sinne erklärt Luc Boltanski unter Verweis auf Max Weber, dass die Strukturen und Prozesse von Macht „formell Erfordernissen der Rechtfertigung unterworfen sind" (Boltanski 2010, S. 16). Die in der Fragestellung *(DiskursteilnehmerInnen)* und im Titel des Beitrags *(Diskursoffensive)* angelegte Diskurs-Semantik geht freilich nicht auf eine eigens elaborierte pragmatistische Diskurstheorie zurück.[5] Stattdessen wird die in früheren Arbeiten bewährte pragmatistische Handlungstheorie vor allen Dingen um die Figur der *Dis-*

[4] Eine pragmatistisch informierte Außenpolitikanalyse weist, mit Blick auf die Bedeutung von Erfahrung und Wissensverarbeitungsprozessen für die Modifikation von Außenpolitiken, starke Ähnlichkeiten mit den Modellen von Yaacov Vertzberger (1993), Christopher Hill (2003) und Ole Wæver (2002) auf. Auf den ersten Blick erinnert der pragmatistische Ansatz auch an die Operational Code Analysis (OCA) von Alexander George (1969). Allerdings formuliert die OCA aus unserer Perspektive keine überzeugende Erklärung für das Phänomen des Wandels staatlicher Außenpolitiken (Roos 2015, S. 193). Dies mag deren behaviouralistischen Einbettung geschuldet sein: „An elite's fundamental beliefs about politics are probably resistant to change for various reasons, of which unconscious motivations are but one factor" (George 1969, S. 196).

[5] Diskursanalytische Ansätze sind mannigfaltig und gewinnen in den letzten beiden Jahrzehnten in den deutschsprachigen Sozialwissenschaften im Allgemeinen (Schwab-Trapp 2001; Keller 2007; Nonhoff 2011) wie auch in der Weltpolitikforschung im Besonderen (Bendix 2013; Kuck und Scholz 2013; Herschinger und Renner 2014) immer mehr an Einfluss.

kurskoalition und darauf aufbauend um den Begriff der *Diskursoffensive* ergänzt. Maarten Hajer definiert Diskurskoalitionen als „a group of actors who share a social construct“ (1993, S. 45). In Anlehnung daran verstehen wir als Diskurskoalition die konzertierte Kommunikation sich wechselseitig verstärkender und auf ähnliche Wirkungen zielender Überzeugungen seitens politischer Akteure.[6] Der Begriff der Diskursoffensive versucht nun die besondere Qualität der in der vorliegenden Arbeit analysierten Diskurskoalition auf den Begriff zu bringen: Denn schließlich lesen wir die Kommunikationen der analysierten Diskurskoalition als zeitlich und inhaltlich in besonderem Maße konzertiert und mit Blick auf die erhoffte hegemoniale Stellung unverkennbar offensiv.

2.2 Epistemologische Perspektive

Unser Ansatz basiert auf der Annahme, dass die Handlungsregeln der von den Akteuren gebildeten Diskurskoalitionen, die wir rekonstruieren wollen, durch die Analyse protokollierter Spuren von (Sprech-)Handlungen interpretiert und sinnhaft aufgeschlossen werden können (Oevermann 1991, S. 295). Dabei begreifen wir die von uns generierte Theorie diskursiver Positionierungen und Wirkungen als stets fallibel. Wir behaupten keine ewige Wahrheit auszusprechen, was aufgrund der Lebendigkeit des Sozialen und Politischen kein haltbarer Standpunkt wäre, sondern eine zum jetzigen Zeitpunkt plausibel erscheinende Theorie zu formulieren. Das von uns generierte *Wissen* will dabei andere Theorien nicht tilgen und verdrängen, sondern stellt sich neben andere Lesarten und überlässt es den FachkollegInnen, den mit diesem Fall vertrauten PraktikerInnen und – sollten unsere Argumente sie erreichen – der größeren Gesellschaft, die Argumente zu prüfen und die Qualität der Theorie zu bewerten.

Zur erkenntnistheoretischen Reflexion gehört auch anzuerkennen, dass unsere Forschungsinteressen nicht von Zufällen bestimmt werden, sondern von immanenten Wertungen. Dies ist ganz unabhängig davon, ob diese bewusst oder unbewusst vorliegen, für jede Forschung unausweichlich der Fall. Diese Wertungen konstituieren auch politische Präferenzen, welche die Perspektive der ForscherInnen auf den Gegenstand mitbestimmen. Eine dieser Wertungen lautet, dass es unseres Erachtens

[6] Dabei speist sich die auf uns wirkende Anziehungskraft eines diskursanalytischen Vokabulars nicht allein aus den Vorarbeiten Hajers, sondern sehr wohl auch aus Michel Foucault und dessen besonderer Betonung des Elements des Kampfes um Wirklichkeitsgestaltung (Foucault 2005a). Die Überzeugung, dass Macht, Wissen und Politik untrennbar miteinander verwoben sind, teilen zudem pragmatistische und diskursanalytische Ansätze miteinander, was kein Wunder ist, da z. B. Todd May (2011) darauf hinweist, dass beide Ansätze ein unübersehbarer Bestand von Grundüberzeugungen miteinander verbindet, weshalb sie keinesfalls als streng getrennte *Paradigmen* gelten sollten (Boltanski 2010, S. 4045; May 2011). Bei allen Unterschieden mit Blick auf die den beiden Theoriefamilien zugrunde liegenden Akteur-Struktur-Modelle könnte sich die systematische Suche nach Ähnlichkeiten als durchaus lohnenswert erweisen. So ließe sich argumentieren, dass zwischen dem, was der Pragmatist Anselm Strauss *Arena* genannt und dem, was Foucault jenseits der allgemeinen Definition des Diskursbegriffes – verstanden als „Menge von Aussagen, die einem gleichen Formationssystem zugehören“ (Foucault 1981, S. 156) – als „einen sonderbaren Kampf, […] eine Auseinandersetzung, einen Kräftevergleich, ein Gefecht um Worte und mittels Worten“ (Foucault 1975 zit. n.; Keller 2007, S. 3) bezeichnet hat, keine ernsthafte Differenz besteht. Und Reiner Keller stellt in seiner Wissenssoziologischen Diskursanalyse ebenfalls eine Verbindung zwischen pragmatistischer Handlungstheorie und Foucaults Subjektbegriff her (Keller 2005, S. 201).

eine Aufgabe der Sozialwissenschaften ist, die Gehalte der unsere Wirklichkeit konstruierenden Diskurse nicht allein zu „dechiffrieren“ (Adorno 1990, S. 340) und rein deskriptiv zu behandeln, sondern auch darüber nachzudenken, in welchem Verhältnis diese Gehalte zu den allgemein geteilten Grundwerten der je betroffenen Gemeinschaften stehen, welche Wirkungen sie zeitigen und ob uns diese Wirkungen ethisch erscheinen oder nicht.

Eine solche *normative* Perspektive, die für die politikwissenschaftliche Teildisziplin der Politischen Theorie konstitutiv ist (Celikates 2005; Moon 2004; Schaal und Heidenreich 2009), explizit einzunehmen, gilt in der Disziplin der Internationalen Beziehungen unter oft implizitem Rekurs auf das Gebot der Werturteilsfreiheit nach Max Weber (Weber 1988) tendenziell als *unwissenschaftlich*. Wir können keine *Unwissenschaftlichkeit* darin erkennen, wenn die eingesetzten Methoden – bei aller eingestandenen und unvermeidbaren normativen Prägung der Forschenden – eine grundsätzliche Offenheit für die Irritation der eigenen Vorurteile ermöglichen und wenn mit Blick auf normative Wertungen ebenfalls der Grundsatz berücksichtigt wird, dass selbstverständlich auch für diese gilt, was wir für die Rekonstruktion der Wirklichkeit insgesamt annehmen, dass sie nämlich ohne Letztbegründungen auskommen müssen und ebenfalls nur eine von zahlreichen möglichen Perspektiven auf den Gegenstand beschreiben. Der Haltung der so praktizierten normativen Kritik entspricht es nicht zu sagen: *So wie es ist, ist es ganz bestimmt falsch und wir wissen, dass es auf eine ganz bestimmte Weise verändert werden muss, um besser zu werden*. Stattdessen formulieren wir im Schlusswort eine normative Kritik in dem Sinne, dass angesichts dessen, wie sich uns das untersuchte soziale Phänomen in seinen verschiedenen Eigenschaften und Wirkungen darstellt, es uns aufgrund bestimmter, natürlich ebenfalls zur Diskussion stehender und näher zu definierender Werte, richtig oder nicht richtig zu sein *scheint*. Als impliziter Maßstab der Kritik dient uns dabei unsere Lesart des Konzepts einer außenpolitischen Zivilmacht.

2.3 Methodische Vorgehensweise

Wie frühere Arbeiten fußt auch diese Studie auf rekonstruktiven Methoden der Weltpolitikforschung, die an anderer Stelle detailliert erörtert wurden (Franke und Roos 2010, 2013, 2014; Roos 2013). Zentral für unser Vorgehen ist dabei das theoretische Kodieren in Anlehnung an Anselm Strauss, also das systematische Fahnden nach Eigenschaften des Untersuchungsgegenstands und nach zwischen diesen Eigenschaften bestehenden Zusammenhängen, die in Form von Hypothesen formuliert werden und gemeinsam eine auf den Gegenstand bezogene Theorie ergeben (Strauss 1987, 1994; Strauss und Corbin 1998; Strübing 2005). Zudem ermöglichte es das Arbeiten in der Gruppe, auf Ebene der konkreten Kodierung des Materials zunächst getrennt voneinander zu arbeiten und die jeweiligen Befunde in einem zweiten Schritt zu einer gemeinsamen Theorie zu verbinden.

Im nachfolgenden Befundekapitel werden wir aus der großen Zahl kodierter Sequenzen nur einige wenige auswählen, um unsere Thesen illustrativ zu belegen. Eine solche Belegstrategie bliebe stark angreifbar, stünde sie für sich alleine. Aus diesem Grund sind die Kodierbäume und, soweit möglich, alle Materialien des Projektes – auch langfristig – im Internet veröffentlicht, um die intersubjektive Nach-

vollziehbarkeit des Forschungsprozesses und der methodischen Vorgehensweise zu fördern.[7]

Die Auswahl des Datenmaterials orientierte sich dabei einerseits an der im politischen System Deutschlands angelegten Bedeutung der Strukturpositionen der SprecherInnen sowie an der Frequenz und Intensität der Reaktionen, welche von den einzelnen Sprechakten ausgehen. Entsprechend wählten wir als zu untersuchende Diskurselemente das NMNV-Papier, die Reden von Bundespräsident Gauck, Verteidigungsministerin von der Leyen und Außenminister Steinmeier auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 aus.[8] Zur Sättigung unserer Theorie analysierten wir im Verlauf unserer Forschung auch eine weitere Rede von Außenminister Steinmeier und ein in der Zeitung Die Zeit veröffentlichtes Interview mit Verteidigungsministerin von der Leyen.[9]

Aufgrund der unterschiedlichen Bedeutung der jeweiligen Akteure für die Herstellungsprozesse kollektiv bindender Entscheidungen und deren Legitimierung macht die Analyse der Positionierungen der genuin politischen – da ein offizielles Amt bekleidenden – Akteure den Kern der Untersuchung aus. Weil die Argumente und Narrative der NMNV-Studie offensichtlich wiederum einen enormen Einfluss auf diese Positionierungen hatten, werden sie ebenfalls ausführlich rekonstruiert. Wir beanspruchen damit also keinesfalls eine vollständige Rekonstruktion des gesamten außenpolitischen Diskurses. Allerdings sind hier alle vier Sprechakte, von denen wir auf Grundlage des Forschungsstandes (s. o.) und der jüngsten Presseberichterstattung (Tuschhoff 2015) zeigen können, dass sie als besonders relevante Diskursereignisse perzipiert werden, der unseres Wissens nach bislang detailliertesten rekonstruktiven Analyse unterzogen worden.

3 Handlungsregeln und Begründungsmuster der jüngsten außenpolitischen Diskursoffensive

Die nachstehende Präsentation der Befunde muss aufgrund der Sequenzierung und Räumlichkeit textlicher Darstellungen der Logik eines *Hintereinanders* folgen. Das Gesamtbild der Rekonstruktion wird aus diesem Grund erst gegen Ende des Abschnitts sichtbar. Die Elemente der entfalteten Theorie weisen zahlreiche Bezüge

[7] Die Kodierbäume unserer Studie sind unter https://www.philso.uni-augsburg.de/lehrstuehle/politik/politik1/lehre_und_studium/pdf-Sammlung/Kodierschemata-PDF.pdf veröffentlicht.

[8] Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich am betreffenden Diskurs durch keinen Sprechakt wahrnehmbar öffentlichkeitswirksam positioniert, weshalb sie uns nicht als Teil der hier rekonstruierten Diskurskoalition gilt. In diesem Sinne stellen im Mai 2014 Jochen Bittner und Matthias Naß fest: „Kurzum, irgendwann wird Angela Merkel sagen müssen, was denn nun die neue deutsche Außenpolitik sei. ‚Nach meiner Einschätzung treibt sie das Thema nicht voran, sie lässt es geschehen', sagt Volker Perthes, der Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik" (Bittner und Naß 2014).

[9] Um die Argumentationsstruktur des von über 50 AutorInnen verfassten NMNV-Papiers besser verstehen und abrunden zu können, zogen wir unterstützend drei weitere Texte hinzu, die von Ko-Autoren der NMNV-Studie an anderer Stelle entweder kurz zuvor, zeitgleich zum oder unmittelbar nach Erscheinen des NMNV mit engem thematischen Bezug veröffentlicht worden sind. Hier fiel unsere Wahl auf je einen Beitrag von Gunther Hellmann, Hanns W. Maull, und Eberhard Sandschneider, die wir als zentrale Stimmen in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung zum Thema wahrnehmen.

Tab. 1 Eigenschaften des Diskurses. (Quelle: eigene Darstellung)

Setzungen	Bedrohlicher, globaler Wandel
	Veränderung internationaler Machtverhältnisse als Bedrohung
	Externe Handlungsnotwendigkeit für Deutschland (d. h. hervorgebracht durch äußere Veränderungen)
	Gute Wesenhaftigkeit Deutschlands
Finale Gründe	Durchsetzung des nationalen Interesses (insbesondere Wohlstand)
	Internationale Regelsetzung im Sinne des Erhalts der liberalen Wirtschaftsordnung
Strategien	Versicherheitlichung
	Ent-Demokratisierung
	Glaubwürdigkeitsgenese
	Neue pragmatische Bündnisstrategie
	Kernstrategie der Erweiterung und Begrenzung des politischen Möglichkeitenraumes
Auslassungen	Positive und proaktive Bewertung von globalem Wandel
	Ermöglichung demokratischer Regelsetzung auf internationaler Ebene in einer multipolaren Weltordnung
	Verteidigung elementarer Bürgerrechte als ein finaler Grund
	Primat der Diplomatie
	Reflexion systemisch induzierter Problemursachen und des eigenen Anteils daran

zueinander auf, die nicht gleichzeitig erörtert werden können, sondern sukzessive eingeführt werden müssen. Aus diesem Grund ist es zwingend erforderlich, mit einem Element der Gleichung zu beginnen und die weiteren Elemente in der Folge aneinander zu reihen und die LeserInnen um Geduld zu bitten, wenn bestimmte Argumente zunächst nur angerissen und erst später ausführlicher erörtert werden.

Angesichts dieser Problematik möge zur besseren Orientierung Tab. 1 dienen. Die Beziehungen zwischen den dort abgebildeten Bausteinen der Theorie bzw. den dort abgebildeten Eigenschaften des Diskurses sind mannigfaltig und lassen sich unmöglich vollständig darstellen. Dies zu leisten bleibt weitgehend dem daran anschließenden Text überlassen. Bei der Explikation unserer Theorie unterscheiden wir zwischen 1) Setzungen, 2) finalen Gründen, 3) Strategien und 4) Auslassungen.

3.1 Setzungen

Als Setzungen bezeichnen wir diejenigen Anteile in den rekonstruierten Begründungsmustern, die als *unabänderliche Gegebenheiten* dargestellt oder als solche in die Argumentation integriert werden. Hierzu zählt vor allem eine Dramaturgie der Bedrohlichkeit des globalen Wandels, besonders der Verschiebung der internationalen Machtverhältnisse, auf deren Grundlage wiederum die Setzung externer und zunächst unbeeinflussbarer Handlungszwänge formuliert wird. Als einen dritten Befund siedeln wir auf dieser Ebene die Setzung der *guten Wesenhaftigkeit* des deutschen Nationalstaats an.

Dramaturgie eines bedrohlichen, globalen Wandels und Externalisierung der Handlungsnotwendigkeit:

> Wenn es in den vergangenen Jahren eine Konstante gab, so ist es die Beobachtung, dass die Geschwindigkeit des Wandels permanent unterschätzt wurde. Regelmäßig wundern sich Zukunftsforscher, dass Veränderungen in der Welt deutlich schneller Wirklichkeit werden als von ihnen prognostiziert. Dies hat auch Konsequenzen für unsere Sicherheit: Unvermutet schnell geraten wir hinein in eine Welt, in der sich Einzelne so viel Vernichtungskraft kaufen können wie früher nur Staaten. Eine Welt, in der ökonomische und politische Macht wandert oder ganze Regionen aufrüstet. Im Nahen Osten drohen sich einzelne Feuer zu einem Flächenbrand zu verbinden. Just in dem Moment überdenkt die einzige Supermacht Ausmaß und Form ihres globalen Engagements. Ihr Partner Europa ist mit sich selbst beschäftigt. Im Zuge dieser Entwicklung zu glauben, man könne in Deutschland einfach so weitermachen wie bisher – das überzeugt mich nicht. (Gauck 2014)

In seiner Eröffnungsrede der 50. Münchner Sicherheitskonferenz macht Gauck die Skizzierung einer grundsätzlichen Bedrohungslage zum Ausgangspunkt seiner Argumentation. Das Überraschungsmoment und die Unberechenbarkeit, die mit der konstatierten hohen Geschwindigkeit der rasanten Veränderungen einhergeht, verstärken den Eindruck der unmittelbaren Bedrohlichkeit des globalen Wandels und dessen Unkontrollierbarkeit mit Blick auf die eigene Sicherheit. Gauck nimmt diese Beschreibung insbesondere als Anlass für seine Forderung nach einer Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik, was gleichfalls die Behauptung beinhaltet, die aktuelle Ausrichtung sei diesem Wandel nicht gewachsen bzw. lasse sich gar nicht als eine angemessen fundierte Ausrichtung erkennen.

> Fünf Jahrzehnte Münchner Sicherheitskonferenz spiegeln ein gutes Stück Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: von der Verteidigung des Westens hin zur globalen Ordnungspolitik und von der Wehrkunde zu einem umfassenden Sicherheitsbegriff. Was für ein Bogen! Als die Tagung erstmals hier in München stattfand, waren Deutschland und seine Hauptstadt geteilt und sie standen unter atomarer Bedrohung. Heute treiben uns neue Spannungen und neue Kriege um: zwischen Staaten und innerhalb von Staaten, in der Nähe und in der Ferne. (Gauck 2014)

Durch den wiederholten Rückgriff auf historische Bedrohungslagen im Zusammenhang mit der Darstellung heutiger *neuer Spannungen* und Kriege thematisiert und charakterisiert Gauck die heutige Lage Deutschlands als von außen bedrängt und bedroht und leitet daraus die Notwendigkeit einer geeigneten, schnellen Anpassung des außenpolitischen Selbstverständnisses ab.

Ein wesentliches Merkmal des skizzierten Wandels ist dabei dessen Verlagerung nicht nur in äußere, sondern auch systemische Veränderungen. Die einzelnen *Konflikte in der Welt* werden in einen unmittelbaren Zusammenhang mit weltumspannenden

Entwicklungen gebracht, insbesondere mit dem Begriff der Globalisierung, woraus sich eine unmittelbare Betroffenheit für Deutschland ergibt:

> Sie als Zuhörer brauchen gewiss keinen Blick in das Programm der Konferenz zu werfen, um sich der Krisen und Konflikte bewusst zu werden, denen wir heute ins Auge schauen […]. Hier in München wurden die Auswirkungen der Globalisierung in den vergangenen Jahren ausgiebig diskutiert. Es liegt auf der Hand: Diese Krisen und Konflikte betreffen uns unmittelbar. (Von der Leyen 2014a)

> Es ist trügerisch sich vorzustellen, Deutschland sei geschützt vor den Verwerfungen unserer Zeit – wie eine Insel. Denn Deutschland ist so tief verwoben mit der Welt wie wenige andere Staaten. Somit profitiert Deutschland von der offenen Ordnung der Welt. Und es ist anfällig für Störungen im System. Eben deshalb können die Folgen des Unterlassens ebenso gravierend wie die Folgen des Eingreifens sein – manchmal sogar gravierender. (Gauck 2014)

Die Qualität einzelner, gewaltsam ausgetragener Konflikte wird (wenn auch hauptsächlich durch die Abfolge der Textbausteine und kaum in inhaltlich erschöpfender Weise) auf eine weltweite, strukturelle Entwicklung übertragen, von der Deutschland „nicht hoffen“ kann, „verschont zu bleiben“ (Gauck 2014). Ein ähnliches Bild ergibt sich im NMNV-Papier. Während die NMNV-Studie auf den ersten Blick tendenziell etwas zurückhaltender mit der Dramaturgie eines bedrohlichen Wandels umgeht, als das in der Rede von Gauck geschieht, gründet die für deutsche Außenpolitik konstatierte Handlungsnotwendigkeit doch letztlich in der gleichen Argumentationsstrategie:

> Die Globalisierung eröffnet neue Freiheits- und Entwicklungsräume, schafft aber auch neue Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten und schwächt die Steuerungsfähigkeit staatlicher Politik. Die erklärten Feinde von früher sind vielfältigen, diffusen Sicherheitsrisiken gewichen. Aufsteigende Mächte fordern mehr Teilhabe. Die internationale Nachkriegsordnung wankt, aber eine neue ist nicht in Sicht. Die Vereinten Nationen, die NATO und die Europäische Union befinden sich im Umbruch; insbesondere der europäische Einigungsprozess steckt in der Krise. Auf diese Veränderungen muss Deutschland reagieren. Bekenntnisse zur existierenden internationalen Ordnung reichen nicht mehr aus. […] Mit diesem Problem umzugehen ist die zentrale Aufgabe deutscher Außenpolitik. (SWP und GMF 2013, S. 2)

Hinzu tritt das Problem der Steuerungsunfähigkeit durch die nachlassende internationale *Gestaltungsmacht* der traditionellen Verbündeten. Damit einher geht eine Externalisierung der Handlungsnotwendigkeit. Die Ursache für den Bedarf, den Kurs deutscher Außenpolitik zu verändern, wird vor allem in systemischen Veränderungen *außerhalb* Deutschlands identifiziert, aus denen Anpassungszwänge für die außenpolitische Rolle Deutschlands abgeleitet werden. Entsprechend ist diese Externalisierungsstrategie insbesondere dazu geeignet, die These der Alternativlosigkeit bestimmter außenpolitischer Handlungen (in diesem Sinne eigent-

lich eher erzwungener *Adaptionen*) zu behaupten, was wohl kaum prägnanter auf den Punkt gebracht werden kann als von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyens Verweis auf Henry Kissinger: „Deutschland ist geradezu verdammt dazu, mehr Verantwortung zu übernehmen" (von der Leyen 2014b). Oder mit Gauck (2014): „Wer aber die kleinsten Schritte für die besten hält, wird kaum mithalten können mit dem rasanten Wandel der Bedrohungen, und wird auch den Umwälzungen im strategischen Umfeld nicht gerecht werden können."

Damit wird Außenpolitik gleichsam *entpolitisiert*. Die Strategie der Externalisierung von Handlungsnotwendigkeiten unterminiert tendenziell Deliberation, die Idee des Argumentierens und demokratischer Entscheidungsfindung und lässt die vorgeschlagenen Anpassungen deutscher Außenpolitik als alternativlos erscheinen. Die Aushöhlung deliberativer Prozesse wird weiter unten unter dem Begriff der Ent-Demokratisierungsstrategie noch weiter erläutert.

Veränderung internationaler Machtverhältnisse als Bedrohung: Als omnipräsent erweist sich ferner das Konzept der sogenannten *aufsteigenden Mächte*:

> Deutschlands strategisches Umfeld hat sich seitdem gewaltig verändert. Die Globalisierung eröffnet neue Freiheits- und Entwicklungsräume, schafft aber auch neue Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten und schwächt die Steuerungsfähigkeit staatlicher Politik. Die erklärten Feinde von früher sind vielfältigen, diffusen Sicherheitsrisiken gewichen. Aufsteigende Mächte fordern mehr Teilhabe. Die internationale Nachkriegsordnung wankt, aber eine neue ist nicht in Sicht. (SWP und GMF 2013, S. 2)

So wird argumentiert, dass die „neuen Weltmächte […] ihren Platz nicht in der Mitte des Systems" suchen, „sondern eher am Rand" (Gauck 2014). Deren Forderung nach mehr Teilhabe symbolisiere das Ende der bisherigen systemischen Ordnung (SWP und GMF 2013, S. 2) und wird – unter Rückgriff auf neorealistische Denkfiguren – als Sicherheitsrisiko interpretiert. Aus einer solchen, von neorealistischen Konzepten maßgeblich geprägten, Perspektive besehen, muss der relative Aufstieg der einen zu einer Irritation des sensiblen systemischen Machtgleichgewichts führen und grundsätzlich als relativer Machtverlust der anderen gelten, die hierdurch in ihrer Sicherheit bedroht sind. Konsequenterweise werden Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika (die sogenannten BRICS-Staaten) genauso wie zahlreiche andere Nicht-BRICS-Staaten als „Herausforderer" klassifiziert (SWP und GMF 2013, S. 31). Gleichermaßen von neo- wie neoklassisch-realistischen Konzepten informiert, beschäftigt sich das Strategiepapier dann auch mit der Frage, ob „dem Westen" ein „Gegenpol" erwachsen sei und verneint dies, da noch kein anderer Pol über eine „ähnlich universale Strahlkraft" verfüge (SWP und GMF 2013, S. 5).

Die Leitthese *Neue Macht – Neue Verantwortung* wird ebenfalls neorealistisch begründet. Die *neue Macht* Deutschlands ergibt sich aufgrund eines relativen Machtverlusts der USA im Vergleich zu einem relativen Machtgewinn der Bundesrepublik (SWP und GMF 2013, S. 5), die nun das „Machtvakuum" ausfüllen muss (von der Leyen 2014b). Deutschland gewinnt an Macht, weil die USA an Macht verlieren:

> Doch die USA signalisieren – im Bewusstsein geschrumpfter materieller Ressourcen – deutlich, dass Amerikas Engagement in der Welt künftig selektiver und sein Anspruch an Partner entsprechend höher wird. Vor allem für Europa und Deutschland bedeutet dies einen großen Zuwachs an Aufgaben und Verantwortung. (SWP und GMF 2013, S. 5)

Die besondere Bedeutung neorealistischer Denkfiguren innerhalb des Diskurses wird auch deutlich, wenn die NMNV-Studie die „strategische Bedeutung" anderer Staaten für Deutschland an den „[k]lassische[n] Kriterien […] militärische Macht, wirtschaftliches Gewicht, Bevölkerung, Ressourcen, Kapital und geografische Lage" bemisst (SWP und GMF 2013, S. 30).[10]

Der dominante Einfluss (neo-)realistischer Episteme auf diese Diskurskoalition wird durch die Rekonstruktion der Theorie vom dialektischen Verhältnis von Wachstum und Freiheit noch verständlicher. In dem NMNV-Papier wird das Argument vertreten, dass Freiheit und Menschenwürde von wirtschaftlicher Prosperität abhängig seien:

> Deutschland mit seiner freien und offenen Bürgergesellschaft lebt wie kaum ein anderes Land von der Globalisierung. Seine gegenwärtige Stärke beruht wesentlich auf seiner Fähigkeit zu Reformen, die seine Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit erhalten haben – aber noch mehr auf seinem Erfolg als Handels- und Exportnation. (SWP und GMF 2013, S. 5)

[10] Eine weitere Beobachtung erscheint in diesem Zusammenhang erwähnenswert. Das Primat (neo-) realistischer Argumentationsfiguren erstreckt sich auch auf die wissenschaftlichen Beiträge zum Diskurs. Während dies bei zahlreichen KollegInnen noch nie anders war, erstreckt sich dieser Trend jedoch inzwischen auch auf jene, die sich diesbezüglich in der Vergangenheit immun gezeigt haben. Sowohl der den wissenschaftlichen Diskurs zur deutschen Außenpolitik maßgeblich mitbestimmende Maull, als auch die ebenfalls im wissenschaftlichen Begleitchor deutscher Außenpolitik zentral gesetzte Stimme von Hellmann, greifen auffallend offensiv auf realistische Töne zurück. Ersterer setzt den Begriff der Klugheit zentral (Maull 2014, S. 4), um deutsche Außenpolitik zu bewerten und folgt damit dem z. B. von Hans Morgenthau angelegten Pfad bzw. spricht von „weichen Machtressourcen" (Maull 2014, S. 1) und greift damit auf einen weiteren Begriff zurück, der bereits bei Morgenthau prominent Verwendung findet (um damit eine US-amerikanische Außenpolitik zu bezeichnen, die auf moralischen Prinzipien und demokratischen Standards basiere, siehe Reichwein 2013, S. 125, 149). Letzterer greift auf Konzepte wie „strukturelle Qualität von Machtverschiebungen" (Hellmann 2013, S. 6) oder „chinesisch-amerikanische Bipolarität" (Hellmann 2013, S. 8) zurück und nutzt damit neorealistische Konzepte, die z. B. von Kenneth Waltz verwendet werden, um Weltpolitik zu erklären. Natürlich nutzt etwa Hellmann die Konzepte ganz verschiedener theoretischer Traditionen von denen er, wie wir finden, zu Recht denkt, dass diese sich nicht so einfach voneinander trennen lassen (Hellmann 2013, S. 6). Doch allein die Tatsache, dass er neben einer Vielzahl neoklassisch- und neorealistischer Konzepte den zunächst recht offen als „Bestand von Wehrhaftem in der Zeit" bestimmten Begriff der Sicherheit (Hellmann 2013, S. 3) im weiteren Verlauf seines Beitrags dann doch auf einen klassischen, nämlich realistischen, Sinngehalt verengt, indem er ihn ausschließlich unter der Maßgabe machtpolitischer Kalkulationen diskutiert und derart zentral setzt, unterstützt den von uns weiter unten noch näher rekonstruierten Makrotrend der Versicherheitlichung deutscher Außenpolitik. Aus dieser Beobachtung schließt sich die Frage an, ob die wissenschaftlichen BeobachterInnen deutscher Außenpolitik immer stärker auf Begriffe und Grammatik des (neo-) realistischen Sprachspiels rekurrieren müssen, um sich eine kommunikative Anschlussfähigkeit zum politischen System zu bewahren.

Dies hat nur Sinn, wenn die Absenz Letzterer Erstere gefährden würde. Dies ist aus einer realistischen Perspektive sinnvoll, da dort die *Stärke* von Staaten u. a. von deren ökonomischen Potentialen abhängt. Sollten andere Staaten, die nicht friedlich, freiheitlich und demokratisch orientiert sind und die Menschenwürde weniger achten, in Relation zu Deutschland an Wirtschaftskraft gewinnen, bestünde aus dieser Perspektive besehen die Gefahr, dass diese Staaten unsere Werte durch äußere Gewalt bedrohen und uns die Mittel fehlen könnten, diese Werte zu verteidigen. Die Handlungsregel lautet dann: Wer frei bleiben will, muss wachsen, sonst sind seine Werte in Gefahr.

Dies lässt sich als Theorie des wechselseitig konstitutiven Verhältnisses von Wohlstand und Sicherheit bezeichnen. Paradoxerweise wird dabei angenommen, dass hierfür auch der Handel mit exakt jenen Regimen notwendig sei, die zumindest potentiell unsere Freiheiten gefährden, da sie diese Werte nicht teilen. Eine solche Kooperationsstrategie kann aus (neo-)realistischer Perspektive nur Sinn ergeben, wenn wir annehmen dürfen, dass Deutschland in Relation zu diesen Staaten stärker von dieser Zusammenarbeit profitieren wird. Dies dürfte jedoch angesichts der gegebenen Machtverteilung und des enormen Wachstumspotentials der Schwellenländer unwahrscheinlich sein. Deutschland soll also mit Autokratien kooperieren, um hierdurch ein Wachstum zu ermöglichen, von dem die deutschen RealpolitikerInnen annehmen, dass es benötigt werde, um die Freiheit des deutschen Staats und seiner Gesellschaft vor jenen zu beschützen, mit denen es aus diesem Grund zu kooperieren gilt. Der von neorealistischen Epistemen als Voraussetzung für Sicherheit gestützte Vorrang der Außenwirtschaftspolitik wird hier jedenfalls deutlich ersichtlich.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die bereits in früheren Studien rekonstruierte Dominanz (neo-)realistischer Theoriegehalte im außenpolitischen Diskurs (Roos 2010, S. 123–127) als eine ganz besonders bedeutsame ontologische Setzung der rekonstruierten Diskursoffensive erweist. So üben die neorealistischen Konzepte 1) der zwangsläufig notwendigen Anpassung nationaler Außenpolitiken an systemische Veränderungen, 2) der Idee der Ressourcenverteilung und hierbei besonders das Konzept der relativen Gewinne sowie 3) des systemischen Polaritätsmodells enormen Einfluss im außenpolitischen Diskurs aus.

Setzung der guten Wesenhaftigkeit: Überraschenderweise eng verbunden mit dem Primat der Außenwirtschaftspolitik ist auch die Setzung der *Gutartigkeit* Deutschlands. Diese basiert auf dem Postulat der Vertrauenswürdigkeit, die aber zunächst mit nichts weiter begründet wird als der Behauptung, die eigene Identität entspreche einer Auswahl besonders ethischer und wertvoller, universell gültiger Werte:

> Unser heutiges „ja“ zur eigenen Nation gründet in dem, was dieses Land glaubwürdig und vertrauenswürdig macht – einschließlich des Bekenntnisses zur Zusammenarbeit mit unseren europäischen und nordatlantischen Freunden. Nicht weil wir die deutsche Nation sind, dürfen wir vertrauen, sondern weil wir diese deutsche Nation sind. Lassen Sie uns also nicht die Augen verschließen, vor Bedrohungen nicht fliehen, sondern standhalten, universelle Werte weder vergessen noch verlassen oder gar verraten, sondern gemeinsam mit Freunden

> und Partnern zu ihnen stehen, sie glaubwürdig vorleben und sie verteidigen. (Gauck 2014)

Die Überzeugung, Deutschland vertrete die richtigen und guten Werte in der Welt, rechtfertigt (offenbar vor allem gegenüber sich selbst bzw. gegenüber einem heimischen Publikum) das jenseits davon nicht weiter zu begründende Verlangen, die Welt solle doch mehr so sein wie Deutschland selbst.

Die Durchsetzung der *guten Werte* bezieht sich in den Sprechakten hauptsächlich auf die freiheitliche Ausgestaltung der internationalen Ordnung, deren zentraler *Wert* – wie die folgende Sequenz nachdrücklich zeigt – vor allem in der (Re-)Produktion einer privilegierten Position für Deutschland besteht, aus der sich Vorteile im zwischenstaatlichen Außenhandel generieren lassen:

> Deutschland braucht also die Nachfrage aus anderen Märkten sowie den Zugang zu internationalen Handelswegen und Rohstoffen. Mehr noch aber braucht es das stabile und vitale globale Umfeld, das diese Freiheiten erst möglich macht: ein starkes Europa, und eine liberale, normengestützte Weltordnung mit freien, offenen Staaten und Gesellschaften. Deutschlands überragendes strategisches Ziel muss es daher sein, diese Weltordnung zu erhalten, zu schützen und weiter zu entwickeln. (SWP und GMF 2013, S. 6)

Die Setzung und Betonung der guten, wenn auch hauptsächlich libertären Werte erlaubt also einerseits die Aufrechterhaltung des eigenen Selbstbildes als nicht rein macht- und interessengeleitet, obgleich der Grund für die Durchsetzung der genannten Werte in der Welt doch recht unmittelbar mit dem Erhalt des eigenen Wohlstands verknüpft wird, also explizit *strategischer* Natur ist. Somit wird die gelegentlich geäußerte Zielsetzung der Verteidigung eines „freien, demokratischen und liberalen System[s]“ (SWP und GMF 2013), niemals als Selbstzweck, sondern nur in dem Umfang angestrebt, wie dies als Mittel zum eigentlich finalen Ziel, der Sicherung des deutschen Wohlstands notwendig erscheint. Kaum überraschend ist aus dieser Perspektive betrachtet die Feststellung, Werte und Interessen fielen zusammen bzw. „Deutschland ist überdurchschnittlich globalisiert und es profitiert deshalb überdurchschnittlich von einer offenen Weltordnung – einer Weltordnung, die Deutschland erlaubt, Interessen mit grundlegenden Werten zu verbinden“ (Gauck 2014).

Andererseits lässt sich mit dem Rekurs auf die eigene Gutartigkeit und Vertrauenswürdigkeit der selbstlos wirkende Anspruch legitimieren, andere sollten sich den eigenen Regeln anpassen. Die Behauptung, nicht nur spezifisch eigenen, sondern *universellen* Werten zu entsprechen, wird sinnvoll im Zusammenhang mit dem Wunsch, die (vor dem Hintergrund der eigenen wirtschaftlichen Interessen) problematische Abweichung anderer Gesellschaften und Staaten zu verändern. Denn aus der behaupteten Universalität leitet sich wie von selbst die Forderung nach der globalen Anerkennung dieser Werte ab, wovon die Diskurskoalition sich Vorteile für Deutschland verspricht.

Die Wahrnehmung einer mangelhaften Umsetzung der vermeintlich universellen Werte in anderen Ländern entspringt offenbar weniger der handlungsleitenden Sorge, dass grundlegende Bürger- und Menschenrechte nicht eingehalten werden, sondern

der Problemwahrnehmung, an Einfluss auf die Bestimmung der Regeln zu verlieren, nach denen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen gestaltet werden, wie auch der Sorge, dass im Falle einer zukünftig eingeschränkten Einflussnahme auf jene internationalen *Spielregeln*, die über Wirtschaftswachstum entscheiden, Deutschland zukünftig vom Aufstieg der neuen Mächte wohl nicht im gewünschten Maße profitieren könne und so (im Sinne der neorealistischen Sorge um ressourcengestützte Machtverhältnisse) der eigene Wohlstand mittelfristig in Gefahr gerät. Die Setzung der guten Werte korrespondiert so besehen mit dem neorealistischen Konzept des besonderen Stellenwerts von Außenwirtschaftspolitik als Element einer klugen Sicherheitsvorsorge, die beide mit dem später noch detaillierter zu erörternden, bedeutsamsten finalen Grund der rekonstruierten Diskursoffensive, dem Erhalt des nationalen Wohlstands, in Einklang stehen.

3.2 Die finalen Gründe der jüngsten außenpolitischen Diskursoffensive

Unter finalen Gründen verstehen wir diejenigen Setzungen, mit denen die Gesamtheit aller Handlungsregeln *in letzter Instanz* begründet wird. Finale Gründe sind also ebenfalls Setzungen, nehmen aber als *Setzungen letzter Gründe* eine Sonderstellung ein.[11] Wir betrachten diese Setzungen nicht als Resultat zwangsläufig *bewusster* Entscheidungen, obgleich wir davon ausgehen, dass sie Teil eines sozialen und damit kontingenten Konstruktionsprozesses sind, der nicht an vermeintlich objektive letzte Gründe delegiert werden kann. Finale Gründe bleiben einer bewussten Entscheidung also grundsätzlich zugänglich.

In der Rekonstruktion der außenpolitischen Diskursoffensive nimmt die Diskussion dieser Setzungen allerdings einen überraschend geringen Stellenwert ein. Die finalen Gründe ergeben sich im untersuchten Diskurs meist nur implizit aus den Begründungsmustern für eine Neuausrichtung deutscher Außenpolitik. Diese ausbleibende bewusste Auseinandersetzung könnte ein Grund dafür sein, dass sich bisher nur finale Gründe in bemerkenswerter Linearität und Eindimensionalität rekonstruieren lassen. Dabei drängt sich der Eindruck auf, dass sie insbesondere der dominierenden Eigenlogik des Diskurses geschuldet sein könnten (vgl. Kap. 3.1–3.3).

Die Frage, wie deutsche außenpolitische Verantwortung zu verstehen ist, ist eng mit der Frage nach den finalen Gründen deutscher Außenpolitik verwandt. Entgegen dem Eindruck, den der äußert prominent eingesetzte Verantwortungsbegriff prima facie wecken mag, haben die hinter der proklamierten Notwendigkeit einer Neuausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik rekonstruierten Zielsetzungen aus unserer Sicht mit dem in der Präambel des deutschen Grundgesetzes formulierten Bestreben, „von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“ (GG 2014, Präambel), wenig gemein. Weniger „im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“ (GG 2014, Präambel) als vielmehr im Sinne der Förderung eng definierter, deutscher

[11] Der Begriff der finalen Gründe geht auf Aristoteles und dessen Kausalitätslehre zurück. Darauf aufbauend definierte der Pragmatist Charles Sanders Peirce finale Gründe als bewusste oder unbewusste Zielvorstellungen („ideal“ bzw. „final“ „causation“, Peirce 1965, S. 91–92), auf die eine Handlung hin tendiert bzw. sich daran orientiert.

Interessen und insbesondere des Erhalts wirtschaftlichen Wohlstands werden die Forderungen nach einer Neuausrichtung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik begründet.

Der Verantwortungsbegriff wird etwa in der Rede des Bundespräsidenten vor allem in Bezug auf die Abwehr von möglichen Gefahren von Deutschland gesetzt, insbesondere einer Verteidigung der Vorteile, die ihm durch die *offene Ordnung der Welt* entstehen:

> Politiker müssen immer verantworten, was sie tun. Sie müssen aber auch die Folgen dessen tragen, was sie unterlassen. Auch wer nicht handelt, übernimmt doch Verantwortung. Es ist trügerisch sich vorzustellen, Deutschland sei geschützt vor den Verwerfungen unserer Zeit – wie eine Insel. Denn Deutschland ist so tief verwoben mit der Welt wie wenige andere Staaten. Somit profitiert Deutschland von der offenen Ordnung der Welt. Und es ist anfällig für Störungen im System. Eben deshalb können die Folgen des Unterlassens ebenso gravierend wie die Folgen des Eingreifens sein – manchmal sogar gravierender. (Gauck 2014)

Gerade wegen der Anfälligkeit Deutschlands für Störungen im System sei ein außenpolitisch gestaltungsbewussteres Auftreten wichtig und verantwortungsvoll. Dies wird auch im NMNV-Papier in letzter Instanz mit der Notwendigkeit begründet, Deutschlands Vorteile durch die Globalisierung, also den Wohlstand und Lebensstandard in Sicherheit, zu erhalten:

> Deutschland profitiert wie kaum ein anderes Land von der Globalisierung und der friedlichen, offenen und freien Weltordnung, die sie möglich macht. Gleichzeitig ist Deutschland aber auch besonders abhängig vom Funktionieren dieser Ordnung. Es ist damit auf besondere Weise verwundbar und anfällig für die Folgen von Störungen im System. Das überragende strategische Ziel Deutschlands ist der Erhalt und die Fortentwicklung dieser freien, friedlichen und offenen Ordnung. (SWP und GMF 2013, S. 3)

Entsprechend wird die Bedeutung der Übernahme internationaler Verantwortung im Sinne einer Mitwirkung am Erhalt der internationalen Ordnung nicht etwa auf den finalen Grund einer friedlicheren Weltordnung zurückgeführt, sondern ganz offenkundig mit dem Ziel der Bewahrung der wirtschaftlichen Vorteile begründet, die sich für Deutschland aus der bestehenden globalisierten, liberalen und letztlich zu *diesem* Zwecke friedlichen Weltordnung ergeben:[12]

> Deutschland ist überdurchschnittlich globalisiert und es profitiert deshalb überdurchschnittlich von einer offenen Weltordnung – einer Weltordnung,

[12] Siehe auch: „Deren Wohlergehen [das Wohlergehen der deutschen Bevölkerung] hängt jedoch wesentlich vom Wohlergehen der Partner Deutschlands und von leistungsfähigen internationalen Institutionen ab, weshalb diese Aspekte im Rahmen der außenpolitischen Verantwortung zu berücksichtigen sind“ (Maull 2014, S. 1).

> die Deutschland erlaubt, Interessen mit grundlegenden Werten zu verbinden. Aus all dem leitet sich Deutschlands wichtigstes außenpolitisches Interesse im 21. Jahrhundert ab: dieses Ordnungsgefüge, dieses System zu erhalten und zukunftsfähig zu machen. Deutschlands so definiertes Kerninteresse zu verfolgen, während sich die Welt rundherum tiefgreifend verändert, das ist die große Herausforderung unserer Zeit. (Gauck 2014)

In diesem Zusammenhang lässt sich in mehreren Sprechakten ebenso der Versuch beobachten, eine Unterscheidung zwischen Werten und Interessen für hinfällig zu erklären und damit eine ungeliebte Debatte über außenpolitische Prioritätensetzung zu verabschieden. Während Gauck eine automatische Annäherung bzw. Vereinbarkeit von Werten und Interessen behauptet, die er mit der These begründet, dass ein Deutschland, das vor allem wirtschaftlich aus der bestehenden Weltordnung als Gewinner hervorgeht, damit wie selbstverständlich auch seinen Wertvorstellungen gerecht werde[13], argumentiert zeitgleich auch Hanns W. Maull auf einer semantischen Ebene mit dem Hinweis, dass „‚Interesse' […] letztlich stets durch den Bezug auf Werte definiert" wird:

> Bei der politischen Abwägung zwischen der angemessenen deutschen Reaktion auf Menschenrechtsverletzungen durch das Regime Putins und dem Werben um Exportaufträge aus Russland handelt es sich nicht um einen Konflikt zwischen Interessen und Werten, sondern zwischen verschiedenen Werten oder unterschiedlichen Interessen. (Maull 2014, S. 5)

Zwar ist Maull zuzustimmen, dass Werte und Interessen nicht voneinander zu trennen sind. Doch dieses formaltheoretische Argument macht ja keineswegs den Kern jener Debatte obsolet, der unter der Überschrift *Werte versus Interessen* geführt wird, nämlich die Frage nach den Prioritäten, den politischen Gewichtungen deutscher Außenpolitik. Die Frage, wie zwischen Menschenrechten und wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu gewichten ist, wenn die von Maull erhofften, klugen Kompromisse (Maull 2014, S. 6) nicht möglich sind, da eine echte Unvereinbarkeit vorliegt, bleibt ja bedeutsam und macht doch den Kern der Debatte um den Wandel oder Nicht-Wandel der normativen Substanz deutscher Außenpolitik aus.

Maull selbst lässt keinen Zweifel daran, dass „die Verantwortung der deutschen Außenpolitik […] in erster Linie gegenüber der eigenen Bevölkerung [bestehe]" (Maull 2014, S. 1). Der Anlass zu dieser nachträglichen Kommentierung des von ihm mitverfassten NMNV-Papiers scheint dabei vor allem der Wahrnehmung geschuldet, dass das Papier in Regierungskreisen noch nicht zu einer ausreichenden „Selbstbesinnung" und „konsequenten Neuausrichtung an der Aufgabe, das Gemeinwohl der deutschen Bevölkerung außenpolitisch nachhaltig zu wahren und zu mehren" (Maull

[13] Woraus sich mindestens zwei Unklarheiten ergeben. *Erstens*: Gehen die Autoren der Rede allein davon aus, dass schon der Erhalt der bestehenden globalisierten Wirtschaftsordnung langfristig wirtschaftliche Ungleichheiten und Armut von selbst ausgleicht? *Zweitens*: Mit welchen Inhalten werden die in diesem Zusammenhang angesprochenen Werte befüllt? Hauptsächlich mit dem Recht auf Wohlstand/Armutsbekämpfung? Wenn nein: Wird davon ausgegangen, dass sich ohne weiteres Zutun auch andere Werte einzig durch den Erhalt einer globalisierten Wirtschaftsordnung realisieren werden?

2014, S. 1), beigetragen habe.[14] Dagegen setze die amtierende Koalition noch zu sehr auf außenpolitische Kontinuität, was ihre ohnehin fragiler werdenden Handlungsmöglichkeiten im Sinne der nationalen Interessenverfolgung weiter unnötig einschränke (Maull 2014, S. 1).[15]

Insgesamt führt die umfangreiche Rekonstruktion der Begründungsstrukturen nicht an dem Schluss vorbei, dass die Zielbestimmung der geforderten Neuausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik in erster Linie auf den Erhalt eng definierter deutscher Interessen, insbesondere auf den Erhalt des jetzigen wirtschaftlichen Wohlstands und Lebensstandards auch in der Zukunft und unter den Bedingungen einer veränderten internationalen Machtverteilung zurückgeführt wird: „Aber gerade weil dies gute Zeiten für Deutschland sind, müssen wir überlegen, was wir heute zu verändern haben, damit morgen bleibt, was *uns* wesentlich ist" (Gauck

[14] Dabei wundert uns eingedenk des vom Bundespräsidenten und der Kanzlerin zu leistenden Amtseids nach Art. 56 GG (2014) weniger, dass die politischen Akteure „alle Kraft dem Wohl des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren und Schaden von ihm wenden" wollen, indem sie Wachstum und Wohlstand zu Leitwerten erklären, sondern eher, dass Maull inzwischen selbst just jene Differenz zwischen egoistischer Eigenwohlorientierung einerseits und andererseits die für das Erreichen einer gerechteren und im Sinne der Präambel des GG *friedlicheren* Weltordnung notwendige Bereitschaft, „Anpassungsleistungen überproportional selbst zu übernehmen" (Maull 1992, S. 273), einebnet.

[15] Rückendeckung erhält Maull in dieser grundsätzlichen Beurteilung deutscher Außenpolitik von Eberhard Sandschneider, der in der gleichen Zeit, in der er auch am NMNV-Papier mitgeschrieben haben dürfte, formuliert, dass Deutschland „der selbstgestellten Kontinuitätsfalle in seiner Außenpolitik entkommen muss" (Sandschneider 2012, S. 5). Im Zuge der „notwendigen Neuorientierung" müssten nicht nur „starre Glaubenssätze" aufgegeben, sondern gar „eine Reihe von goldenen Kälbern" geschlachtet werden (Sandschneider 2012, S. 8). Dass als außenpolitische Handlungsorientierung nichts gilt, was deutschen Interessen nicht unmittelbar zuträglich ist, veranschaulicht Sandschneider auf vielfältige Weise. Mit den despektierlich „als politisch korrekt gelten[den]" und als „reflexartig" beschriebenen Prinzipien außenpolitischer Kontinuität stellt Sandschneider beispielsweise den deutschen Multilateralismus zwar nicht als *Instrument,* so doch als eine Zielbestimmung deutscher Außenpolitik entscheidend in Frage; und damit auch den finalen Grund deutscher Außenpolitik an der Mitwirkung an einer regelbasierten und inklusiven Weltordnung. Der lang erkämpfte Grundsatz der Selbstbindung durch internationale Regelsetzung wird mit der widersinnigen Begründung vom Tisch gefegt, dass die dafür erforderliche Voraussetzung einer umfänglichen Kooperationsbereitschaft aller Beteiligten nicht der Normalität entspreche (zielt doch der multilaterale Gedanke gerade auf eine Stärkung internationaler Kooperation ab) (Sandschneider 2012, S. 8). Auf ähnlich schwer nachvollziehbare Weise lehnt Sandschneider die Wertegeleitetheit als Leitprinzip deutscher Außenpolitik „wegen allzu offensichtlicher doppelter Standards" ab (Sandschneider 2012, S. 8). Schließlich schade es der Glaubwürdigkeit, wenn die proklamierten Werte „im Aufeinandertreffen mit harter Interessenpolitik ohnehin kaum Wirkung" entfalteten (Sandschneider 2012, S. 8). Fragt sich, welche Glaubwürdigkeit erhalten werden soll, wenn die Wertegrundlagen deutscher Außenpolitik zwar als *unbestritten* beschrieben werden, aber doch offensichtlich für außenpolitisches Handeln völlig wirkungslos bleiben (sollen) bzw. welche Bedeutung die eigene Rückversicherung über „ein klares Koordinatensystem" und über den Bestand der traditionellen Kernelemente für die Identität und Zielbestimmung deutscher Außenpolitik hat, wenn im nächsten Satz deren gegenwärtige und zukünftige Praktikabilität ausdrücklich in Frage gestellt wird (Sandschneider 2012, S. 4). Letztlich lässt sich daraus nur der Schluss ziehen, dass mittels der formalen aber folgenlosen Bestätigung von Multilateralismus, Wertegeleitetheit und Zivilmachtskonzept der leicht durchschaubare Versuch unternommen wird, unter Umgehung einer öffentlichen und möglicherweise aufgeregten Grundsatzdebatte über die handlungsleitenden Interessen die Erweiterung außenpolitischer Handlungsspielräume zum Zweck der nationalstaatlichen, insbesondere wirtschaftlichen Interessenverfolgung voranzutreiben. Schließlich geschieht dieses Bestreben insbesondere vor dem Hintergrund der Wahrnehmung Deutschlands als Wirtschaftsmacht (Sandschneider 2012, S. 6). Für diese *Großmächte* gelte wie selbstverständlich das Primat der Wirtschaftsinteressen, „da alle Großmächte einem zunehmenden ‚Primat der Wirtschaftsinteressen' folgen" (Hellmann 2013, S. 16).

2014, eigene Hervorhebung). Insofern Deutschlands Wohlstand aber wesentlich auf einer globalisierten, aber prekär werdenden Wirtschaftsordnung beruht, verlangt diese Zielsetzung eine entsprechende Einflussnahme: die so begründete und entsprechend zu verstehende *Übernahme internationaler Verantwortung*.

3.3 Die fünf wesentlichen Strategien der außenpolitischen Diskurskoalition

Die von uns als außenpolitische Diskursoffensive bezeichnete Diskurskoalition zeichnet sich im Wesentlichen durch fünf Strategien aus, die auf den bereits rekonstruierten Setzungen aufbauen. Obwohl also jede Strategie auf ontologischen Setzungen aufbaut, können wir diese als spezifische Mechanismen der Macht (Foucault 2005b; Bourdieu 1992) verstehen, um Wirklichkeit zu gestalten. Es handelt sich 1) um die Strategie der Versicherheitlichung, 2) die Strategie der Ent-Demokratisierung, 3) die Strategie der Glaubwürdigkeitsgenese, 4) die pragmatische Bündnisstrategie und 5) eine grundlegende Doppelstrategie von Erweiterung und Begrenzung politischer Möglichkeitenräume (siehe 3.4).

Die Versicherheitlichungsstrategie bzw. das Primat der Sicherheit: Die Rede von Bundespräsident Gauck auf der Münchner Sicherheitskonferenz basiert ganz wesentlich auf der These, deutsche Sicherheit sei bedroht, was eine zukünftig proaktivere deutsche Außenpolitik zwingend notwendig mache. So nutzt der Bundespräsident gleich die ersten Sätze seiner Rede, um einen thematischen Zusammenhang zwischen der früheren Rolle und Positionierung der Bundesrepublik Deutschland im Ost-West-Konflikt und der Situation Deutschlands in der gegenwärtigen Weltlage herzustellen:

> Fünf Jahrzehnte Münchner Sicherheitskonferenz spiegeln ein gutes Stück Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: von der Verteidigung des Westens hin zur globalen Ordnungspolitik und von der Wehrkunde zu einem umfassenden Sicherheitsbegriff. Was für ein Bogen! Als die Tagung erstmals hier in München stattfand, waren Deutschland und seine Hauptstadt geteilt und sie standen unter atomarer Bedrohung. Heute treiben uns neue Spannungen und neue Kriege um: zwischen Staaten und innerhalb von Staaten, in der Nähe und in der Ferne. (Gauck 2014)

Dass dieser *Bogen* keinesfalls nur historisch geschlagen wird, sondern dass hier explizit inhaltliche Parallelen zwischen der Verteidigungshaltung von damals und dem Verständnis einer *globalen Ordnungspolitik* von heute festgestellt werden sollen, verdeutlicht Gauck mit der Doppelung der Satzstruktur im zweiten Halbsatz des ersten Satzes: Dabei wird eine eindeutige Zuordnung vorgenommen zwischen der *Verteidigung des Westens* und der *Wehrkunde* sowie zwischen der *globalen Ordnungspolitik* und einem *umfassenden Sicherheitsbegriff*. Die Parallelität wird nochmals durch die darauffolgenden Sätze gefestigt, in denen Gauck die Teilung Deutschlands und die atomare Bedrohung von damals neben die Situation Deutschlands von heute stellt, die sich durch vielfältige neue Spannungen und neue Kriege auszeichne. Gauck thematisiert und charakterisiert damit die heutige Sicherheitslage

Deutschlands in drastischer Weise als von außen bedroht und legt die Notwendigkeit einer *umfassenden* Absicherung nahe. Damit liegen wesentliche Elemente einer Strategie der Versicherheitlichung vor, wie sie Ole Wæver (1995) konzeptualisiert hat.

Gaucks Sprechakt unterstützt die diskursive Rahmung der Münchner Sicherheitskonferenz und deren Wirkung. Deutsche Außenpolitik wird dort zuvorderst als Sicherheitspolitik behandelt und von der Gefahrenabwehr her gedacht: „Deshalb ändert sich das Grundmotiv der Münchner Tagung nicht. Sicherheit bleibt eine Existenzfrage, für Menschen und für Nationen“ (Gauck 2014).

Ganz im Einklang mit den bereits vorgestellten neorealistischen Konzepten eines relativen Machtverlusts der bisherigen westlichen Weltführungsmächte zugunsten aufstrebender neuer Gestaltungsmächte wird dieser systemische Wandel als mögliches Sicherheitsrisiko und damit als eine potentielle Bedrohung dargestellt. Das Aufrüsten neuer Regionen und die Verschiebung ökonomischer und politischer Macht werden als Beispiele desselben Trends genannt, wie die Möglichkeit eines weltpolitischen Rückzugs der USA und die Selbstbezogenheit der EU. Der fehlende globale Gestaltungsanspruch der USA und Europas wird in eine Reihe mit der wachsenden Vernichtungskraft *Einzelner* und dem Machtzuwachs anderer Regionen gestellt. Die Bedrohung geht vom relativen Machtverlust des *Westens* aus:

> Wenn es in den vergangenen Jahren eine Konstante gab, so ist es die Beobachtung, dass die Geschwindigkeit des Wandels permanent unterschätzt wurde. Regelmäßig wundern sich Zukunftsforscher, dass Veränderungen in der Welt deutlich schneller Wirklichkeit werden als von ihnen prognostiziert. Dies hat auch Konsequenzen für unsere Sicherheit: Unvermutet schnell geraten wir hinein in eine Welt, in der sich Einzelne so viel Vernichtungskraft kaufen können wie früher nur Staaten. Eine Welt, in der ökonomische und politische Macht wandert oder ganze Regionen aufrüstet. Im Nahen Osten drohen sich einzelne Feuer zu einem Flächenbrand zu verbinden. Just in dem Moment überdenkt die einzige Supermacht Ausmaß und Form ihres globalen Engagements. Ihr Partner Europa ist mit sich selbst beschäftigt. Im Zuge dieser Entwicklung zu glauben, man könne in Deutschland einfach so weitermachen wie bisher – das überzeugt mich nicht. (Gauck 2014)

Zwischen dem NMNV-Papier und der Gauck-Rede besteht mit Blick auf das jeweils entwickelte Leitnarrativ eine ganz erstaunliche Deckungsgleichheit. Schon der Titel des Strategiepapiers nimmt das Argument des bedrohlichen Wandels der Welt und das Leitmotiv der Sicherheit auf: *Neue Macht – Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch* (SWP und GMF 2013).

Dabei fällt hier und in zahlreichen weiteren Sprechakten der analysierten Diskurskoalition auf, dass inzwischen wie selbstverständlich von einer deutschen *Außen- und Sicherheitspolitik* gesprochen wird. Insofern beide Begriffe noch getrennt vorliegen, handelt es sich zwar nicht um Synonyme, aber sie gehen doch weitestgehend ineinander über, sie verschmelzen zu einem Gesamten, zu einer gemeinsamen Figur, eben zur *Außen- und Sicherheitspolitik*. Alternative Kandidaten, wie zum Beispiel

deutsche Außen- und Friedenspolitik oder *deutsche Außen- und Nachhaltigkeitspolitik* wären denkbar, werden jedoch nicht ausgewählt. Auch diese Beobachtung unterstreicht erneut die enorme Karriere des Sicherheitsbegriffs (Daase 2010).

Auf die bedeutende Frage, welche Maßnahmen eine solche, auf die neuen Bedrohungen reagierende Sicherheitspolitik umfassen sollte, formuliert das NMNV-Papier die folgende Antwort:

> Als überdurchschnittlich globalisierter Staat muss Deutschland seine Sicherheitsvorsorge als umfassendes, gesamtgesellschaftliches Risikomanagement (das die Gefahrenabwehr mit einschließt) nach innen wie nach außen begreifen und organisieren. Sicherheitsvorsorge muss dann früher ansetzen, bei den kognitiven Fähigkeiten: Wissen, Wahrnehmung, Analyse, Urteilsfähigkeit und strategische Vorausschau. Eine als Risikomanagement verstandene Sicherheitspolitik umfasst ein breites Spektrum von staatlichen Instrumenten, von der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe über die klassische Diplomatie und die Nachrichtendienste bis hin zum Katastrophenschutz und den robusten Einsatz von Streitkräften. Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit sind dabei fließend. Eine vorausschauende, umfassende Sicherheitspolitik muss daher alle zuständigen Ressorts und Institutionen (und, wo angemessen, zivilgesellschaftlichen Akteure) in die Abstimmung mit einbeziehen. (SWP und GMF 2013, S. 39)

An dieser Stelle zeigt sich einmal mehr die enge Verquickung von Setzungen und Strategien, hier: die Verwobenheit der Dramaturgie der Bedrohlichkeit mit der Versi cherheitlichungsstrategie.

Wenn Sicherheitspolitik nun offensichtlich in Anlehnung an Ulrich Beck (1986) als Risikovorsorge verstanden werden soll, dann wird die an anderer Stelle (Roos 2010, S. 333–336) bereits rekonstruierte doppelte Entgrenzung von Sicherheitspolitik abermals deutlich: Sie entgrenzt sich inhaltlich, da in einem sich als *Risikogesellschaft* wahrnehmenden System potentiell alles und jedes zum Risiko werden kann. Und sie entgrenzt sich mit Blick auf den Gegenstandsbereich, da Inneres und Äußeres nicht mehr getrennt gedacht werden sollen. Dies nimmt natürlich Einfluss auf die im Grundgesetz verankerte Trennung von polizeilichen und militärischen Funktionen.[16] Offensichtlich wird auch *Wissen* als wichtige Machtressource neu in den Diskurs eingeführt. Über die exakten Methoden der Wissensgenese wird nicht gesprochen, doch aus Perspektive der Risikologik muss Wissen als probates Mittel zur Risikominimierung und somit als sicherheitsrelevant gelten. Unter Verweis auf das Leitmotiv der Sicherheit – als Leitwert des politischen Systems – wird Wissensgenese im Rahmen einer Strategie der Versicherheitlichung zur Staats- und Bürgerpflicht.[17]

[16] Siehe hierzu die hervorragende juristische Habilitationsschrift von Andreas Dietz (2011). Die neue, offensive, vor allen Dingen explizite Erwähnung der spezifischen Rolle der Geheimdienste in der oben stehenden Sequenz sollte uns angesichts dieser Vorzeichen alle beunruhigen: Wie genau werden Geheimdienste im Innern eingesetzt, um welche Risiken zu minimieren?

[17] Darüber hinaus lässt sich aus dieser Sequenz eine Auffassung von Entwicklungszusammenarbeit rekonstruieren, die diese nicht als genuin ethisch motivierten Beitrag zum Ausgleich bestehender

Die Strategie der Ent-Demokratisierung deutscher Außenpolitik: In seinem Band *Regieren: Politische Steuerung komplexer Gesellschaften* beschreibt Helmut Willke eine längst vollzogene Verwandlung der Regierungsform westlicher Industrienationen in eine „versteckte und subkutane Expertokratie", die „offensichtlich in einem Spannungsverhältnis zur formalen Demokratie" steht, da „die Entscheidungen der Parlamente in hohem Maße" durch die Expertise Dritter vorentschieden werden (Willke 2014, S. 120). Eine Reihe diskursiver Ereignisse und Positionierungen lassen sich in diesem Sinne als Strategie der fortgesetzten Ent-Demokratisierung deutscher Außenpolitik beschreiben: 1) der sich fortsetzende Trend der Marginalisierung des Parlaments in der deutschen Außenpolitik sowie 2) die Umdeutung des Verhältnisses von Regierung und Staatsvolk und 3) die immer offensivere Beteiligung wissenschaftlicher ExpertInnen an politischen Prozessen.
Um diese Entwicklung abzubilden, ist zunächst die verfassungsrechtliche Rahmung bedeutsam: Das zentrale verfassungsrechtliche Prinzip deutscher Außenpolitik ist in diesem Zusammenhang die Prärogative der Exekutive (GG 2014, Art. 32, 65, 71, 73), also der Vorrang der Bundesregierung. Die Exekutive führt die Außenpolitik und verfügt über das wichtige Initiativrecht. Die anderen Organe Bundestag, Bundesrat und Bundespräsident verfügen über wichtige Mitwirkungsrechte, doch über keinerlei ausführende Gewalt oder Initiativmöglichkeiten. Das Bundesverfassungsgericht stellt in einem Urteil klar:

> Die grundsätzliche Zuordnung der Akte des auswärtigen Verkehrs zum Kompetenzbereich der Exekutive beruht auf der Annahme, dass institutionell und auf Dauer typischerweise allein die Regierung in hinreichendem Maße über die personellen, sachlichen und organisatorischen Möglichkeiten verfügt, auf wechselnde äußere Lagen zügig und sachgerecht zu reagieren und so die staatliche Aufgabe, die auswärtigen Angelegenheiten verantwortlich wahrzunehmen, bestmöglich zu erfüllen. (BVerfGE 1984)

Offensichtlich steht hier das Ziel einer *zügigen und sachgerechten* Reaktion im Vordergrund. Genau auf dieses Argument rekurrieren die Forderungen nach Lockerung des Parlamentsvorbehalts bezüglich des Einsatzes deutscher Streitkräfte. So argumentiert etwa Johannes Varwick, einer von sechs hierzu vom Deutschen Bundestag im September 2014 befragten ExpertInnen, dass gesetzt den Fall, „Zweck oder Rahmenbedingungen eines Einsatzes" würden „einen kurzfristigen Operationsbeginn erfordern und dafür eine Entscheidung des Deutschen Bundetages nicht ohne weiteres rechtzeitig herbeigeführt werden" können, die Bundesregierung berechtigt werden sollte, „bewaffnete Streitkräfte vorläufig einzusetzen" (Varwick 2014, S. 5–6). Ganz ähnlich fordert das NMNV-Papier:

> Die Parlamentsbeteiligung an Einsätzen ist zu flexibilisieren – etwa in Form eines Rückrufvorbehalts bei gleichzeitig früherer Einbindung des Parlaments

Ungerechtigkeiten in der Welt versteht, sondern als Instrument der eigenen Sicherheitsvorsorge (Roos und Seidl 2015).

> durch die Exekutive und Informationsaustausch mit den Parlamenten der Verbündeten. (SWP und GMF 2013, S. 44)

Dieses Element der fortschreitenden Ent-Parlamentarisierung deutscher Außenpolitik wird argumentativ vom bereits erörterten Konzept des permanenten Ausnahmezustands, der Welt im permanenten Umbruch und der Dramaturgie der Bedrohlichkeit gestützt. Wenn die Krise permanent, die Bedrohung allgegenwärtig ist, muss die Regierung täglich – letztlich jederzeit und immer schnell – entscheiden können, um die Sicherheit und den Fortbestand des deutschen Staats und seiner Bevölkerung zu gewährleisten. Insofern in einer solchen Welt also permanent *Gefahr in Verzug* ist, müssen die Möglichkeiten der Exekutive gestärkt, die Kontrollmöglichkeiten des Parlaments zwecks Optimierung der Reaktionsgeschwindigkeit gesenkt werden, so lautet das Argument. Die VerfasserInnen des NMNV-Papiers sind sich dieser Entwicklung durchaus bewusst, denn es „sollte nicht unterschätzt werden, dass die politische Kontrolle deutscher Außenpolitik mit einer exponierteren Rolle schwieriger wird". Dies könne „Legitimationsprobleme im Inneren" verschärfen. Aus diesem Grund sollten die „personellen und finanziellen Ressourcen des Parlaments gestärkt werden" (SWP und GMF 2013, S. 8).

Dass jedoch die parlamentarische Kontrolle erschwert wird, wenn Deutschland sich als Weltführungsnation noch stärker an den Erwartungen der internationalen Partner orientieren muss, wird hier als Konsequenz klar in Kauf genommen. Von einem führenden Staat erwartet das EUropäische Gefolge Entschlossenheit und Tatkraft. Eine Kultur der Zurückhaltung und eine besonders starke Rolle des deutschen Parlaments passen offenbar nicht in dieses Bild. Das ist insofern spannend, da es ja durchaus vorstellbar wäre, dass ein Staat gerade aufgrund seiner besonders wohlüberlegten Außenpolitik, seiner besonders stark gesellschaftlich und parlamentarisch begleiteten und legitimierten Außenpolitik seitens Dritter (z. B. anderen demokratischen Staaten) als Führungsmacht wahrgenommen werden könnte. Gemäß dem Motto: Wer Demokratie glaubwürdig pflegt und lebt, dem vertrauen wir auch eine internationale Führungsrolle unter demokratisch verfassten Staaten an. Stattdessen wird die These platziert, die Partizipation von Parlament und Gesellschaft und die von diesen ausgeübte Kontrolle unterminiere tendenziell eine deutsche Führungsrolle.

Mit Blick auf das zweite Element der Ent-Demokratisierungsstrategie deutscher Außenpolitik, das Verhältnis von Exekutive und Staatsvolk, ist der Passus „[dies] kann Legitimationsprobleme im Inneren verschärfen" (SWP und GMF 2013, S. 8) der obenstehenden Sequenz besonders aufschlussreich. Daran ist bemerkenswert, dass das Thema Legitimation durch den Begriff der *Legitimationsprobleme* unmittelbar angesprochen wird und zwar in einer Weise, die verdeutlicht, dass die Verfasser des NMNV-Papiers wie selbstverständlich schon jetzt – ohne die im Gang befindliche zusätzliche Unterhöhlung des Parlamentsvorbehalts – von bestehenden Legitimationsproblemen deutscher Außenpolitik ausgehen. Dies wirft die entscheidende Frage auf, welche Bedeutung der deutschen Bevölkerung im untersuchten Diskurs beigemessen wird, welche Rolle dem eigentlichen Souverän des deutschen Staates mit Blick auf außenpolitische Grundsätze zugesprochen wird. Dabei irritiert, dass Gauck in seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz zwar eine öffentliche Debatte ausdrücklich befürwortet, jedoch für sich reklamiert,

ganz genau zu wissen, was die wünschenswerten Resultate einer solchen Debatte sein sollten. Deutschlands zukünftige Rolle in der Welt als eine *verantwortlichere* und *aktivere* wird also an sich gar nicht mehr ernsthaft zur Debatte gestellt:

> Der runde Geburtstag gibt Anlass zur Rückschau, aber natürlich vor allem zum Blick nach vorn. Deshalb möchte ich heute über den Weg der Bundesrepublik sprechen – und darüber, wo er in Zukunft hinführen kann. Denn wir Deutschen sind auf dem Weg zu einer Form von Verantwortung, die wir noch wenig eingeübt haben. (Gauck 2014)

Dies entlarvt das Bekenntnis zur öffentlichen Debatte als Versuch der Überredung oder Überzeugung einer bislang mehrheitlich anders denkenden Bevölkerung und erinnert an einen früheren – allerdings auf die Bundesregierung und nicht den Bundespräsidenten bezogenen – Befund, gemäß dem die Bundesregierung darauf abziele, „*die Präferenzen der Bevölkerung den veränderten systemischen Bedingungen anzupassen und nicht etwa den umgekehrten Weg zu bestreiten und die Außenpolitik den gesellschaftlichen Präferenzen anzupassen*“ (Roos 2010, S. 160).

Die Eindringlichkeit, mit der Gauck sich an die ZuhörerInnen wendet, vermittelt den Eindruck, als müssten diese von der Ernsthaftigkeit der Bedrohung überzeugt werden, um auf diese Bedrohung angemessen zu reagieren. Die Schlusssequenz seiner Rede lautet:

> Lassen Sie uns also nicht die Augen verschließen, vor Bedrohungen nicht fliehen, sondern standhalten, universelle Werte weder vergessen noch verlassen oder gar verraten, sondern gemeinsam mit Freunden und Partnern zu ihnen stehen, sie glaubwürdig vorleben und sie verteidigen. (Gauck 2014)

Dieser eindringliche Appell ließe sich nicht formulieren, hielte der Bundespräsident es nicht für wahrscheinlich, dass die deutsche Öffentlichkeit tendenziell desinteressiert und mutlos sei, sie lieber weglaufen und sich verschließen, jedenfalls nicht standhalten möchte oder einfach bereits rekonstruierte Setzungen nicht teilt.

Die Gauck-Rede stellt insofern den Versuch dar, das deutsche Staatsvolk von der Notwendigkeit einer neuen sicherheitspolitischen Rolle Deutschlands zu überzeugen. Nicht die pazifistischen Präferenzen der Bevölkerung sollen die Sicherheitspolitik bestimmen (Dalgaard-Nielsen 2006), sondern die bereits von klugen ExpertInnen definierten Ziele sollen zu Präferenzen der Bevölkerung werden:

> Um der deutschen Öffentlichkeit aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen besser zu vermitteln, sollte die Bundesregierung regelmäßig dem Bundestag einen Bericht zur sicherheitspolitischen Lage Deutschlands vorlegen. (SWP und GMF 2013, S. 44)

Es sollen also die *sicherheitspolitischen Herausforderungen* und die für ihre Bearbeitung notwendigen Maßnahmen nur noch unidirektional *vermittelt*, keinesfalls mit der eigenen Bevölkerung debattiert werden. Als hieran anschlussfähig erweisen sich die im Forschungsstand vertretenen Thesen einer Gewöhnung der deutschen

Bevölkerung an den Auslandseinsatz und damit die allmähliche Enttabuisierung des Krieges (Geis 2008, S. 70) bzw. der Befund der „schleichenden Militarisierung“ (Bald 2008, S. 57).

Ein drittes Element der Ent-Demokratisierung, nämlich die Expertokratisierung deutscher Außenpolitik, lässt sich weniger eindeutig textimmanent belegen. Zwar hebt Gauck die besondere Rolle der Wissenschaft in der Debatte um die Zukunft deutscher Außenpolitik hervor, doch die ganze Tragweite dieses Prozesses ergibt sich eher aus der Rekonstruktion der strukturellen Rahmung des NMNV-Papiers und der tragenden Rolle einer kleinen Gruppe von ExpertInnen. Das NMNV-Papier wurde von 53 Personen, aufgeteilt in vier Arbeitsgruppen, verfasst, die jeweils von zwei sogenannten *commissioned papers* maßgeblich orientiert wurden, die also von 8 TeilnehmerInnen vorgelegt wurden. Das Strategiepapier entstand zwischen November 2012 und September 2013. Der Einfluss von NMNV auf den außenpolitischen Teil des Koalitionsvertrags vom Dezember 2013 ist auch ohne Detailanalyse unübersehbar, genauso wie die Parallelen zwischen den Inhalten des Papiers und den Positionen der Gauck-Rede. Dies vermag aufgrund der Tatsache, dass mit Blick auf die strategische Ausrichtungen der Ministerien wichtige VertreterInnen des Auswärtigen Amts (AA), des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) genauso an dem NMNV-Papier beteiligt waren wie der gegenwärtige Redenschreiber des Bundespräsidenten. Die Netzwerke deutscher Außenpolitik sind letztlich überschaubar (Renvert 2014). Die engen Verbindungen zwischen politischer Praxis und MedienvertreterInnen hat die Studie *Meinungsmacht* von Uwe Krüger (2013) rekonstruiert.

Für einen der intimsten Kenner deutscher Außenpolitik, Gunther Hellmann, gilt als offensichtlich, dass das „außenpolitische Selbstverständnis Deutschlands […] wesentlich durch die außenpolitische Klasse definiert“ werde, durch „jene also, die den außenpolitischen Diskurs prägen bzw. die außenpolitischen Entscheidungen treffen“ (Hellmann 2013, S. 16–17). Und Eberhard Sandschneider betont die Notwendigkeit, eine „außenpolitische Elite“ heranzubilden, „die über die notwendige Kompetenz verfügt, um mit neuen globalen Herausforderungen umzugehen“ (Sandschneider 2012, S. 9). Die Expertokratisierung deutscher Außenpolitik, eines aufgrund der Prärogative der Exekutive ohnehin im Vergleich zu anderen Politikfeldern eher mit geringer demokratischer Legitimität und Kontrolle versehenen Feldes, scheint weit fortgeschritten zu sein. Dies lässt sich an der Selbstverständlichkeit erkennen, in der wissenschaftliche ExpertInnen, die von keinem demokratischen Verfahren legitimiert wurden, in die politische Praxis intervenieren und inzwischen, wie das NMNV-Papier und dessen Entstehungsprozess zeigen, nicht nur beratend tätig sind, sondern mehr oder minder unmittelbar Politik mitbestimmen.

Glaubwürdigkeitsgenese: Dass die Forderungen nach einer Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik im Sinne der Übernahme und Ausübung eines erweiterten internationalen Machtanspruchs (auch und vor allem im nationalen Interesse) zu verstehen ist und dass diesbezüglich große Vorbehalte in der Bevölkerung vermutet werden, zeigen die vielfältigen Strategien, die von der Glaubwürdigkeit und den guten Absichten des neuen Machtanspruchs überzeugen und dafür Vertrauen

erzeugen sollen. Besonders augenfällig ist in diesem Zusammenhang das vorauseilende Bestreben, der möglichen Assoziation mit deutschen Machtansprüchen im Nationalsozialismus von vorneherein entgegenzutreten:

> Eines gleich vorweg: Dies ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir jemals hatten. […] Ganz zum Schluss aber, da möchte ich eine Bitte an uns Deutsche richten: dass auch wir diesem grundsätzlich gebesserten Land zuallererst in der Erhaltung des Vertrauens begegnen. Es gab für die Nachkriegsgenerationen gute Gründe, misstrauisch zu sein – gegenüber der deutschen Staatlichkeit wie gegenüber der deutschen Gesellschaft. Aber die Zeit dieses ganz grundsätzlichen Misstrauens, sie ist vorüber. Lassen Sie mich zurückkommen auf den Anfang, auf meinen Ausgangspunkt: Seit mehr als sechs Jahrzehnten lebt die Bundesrepublik mit allen Nachbarn im Frieden. Seit sechs Jahrzehnten gelten Bürger- und Menschenrechte. Seit sechs Jahrzehnten existiert die Herrschaft des Rechts. Auch Wohlstand und Sicherheit prägen dieses Land. Es ist eine lebendige Zivilgesellschaft, die Fehler erkennt und helfen kann, sie zu korrigieren. […] Als Deutsche einst ihr Land „über alles" stellten, da entwickelte sich ein Nationalismus, der von forciertem Selbstbewusstsein über Selbstblendung bis zur Hybris alle Stadien eines unaufgeklärten Nationalbewusstseins durchlief. Unser heutiges „ja" zur eigenen Nation gründet in dem, was dieses Land glaubwürdig und vertrauenswürdig macht – einschließlich des Bekenntnisses zur Zusammenarbeit mit unseren europäischen und nordatlantischen Freunden. Nicht weil wir die deutsche Nation sind, dürfen wir vertrauen, sondern weil wir diese deutsche Nation sind. (Gauck 2014)

Bemerkenswert ist dabei die Konstruktion einer historischen Entwicklung Deutschlands, die als Abgrenzung gegenüber einem verblendeten, nationalsozialistischen Überlegenheitsglauben fungieren soll. Gleichzeitig stärkt die Behauptung der historischen Entwicklung allerdings auch den Eindruck, dass weiterhin von einer Wesenhaftigkeit der deutschen Nation, wenn auch von einer veränderten, gesprochen wird. Grundsätze wie Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und rechtstaatliche Ordnung werden damit als feststehende Eigenschaften des *besten Deutschlands* behauptet, nicht aber als beständig neu hervorzubringende Prozesse beschrieben. Sie werden zum *gültigen Bekenntnis* (SWP und GMF 2013), das allerdings durch neue *Staatsziele* ergänzt werden müsse:

> Deutschlands Bekenntnis zu Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und rechtsstaatlicher Ordnung sowie zu einer auf universale Normen gestützten internationalen Ordnung bleibt gültig, ebenso wie die Einbindung der deutschen Außenpolitik in Vereinte Nationen, Europäische Union und atlantisches Bündnis. Vor dem Hintergrund seines veränderten strategischen Umfelds müssen zu dieser Definition deutscher Staatsziele jedoch neue Elemente hinzutreten. (SWP und GMF 2013, S. 5)

Dies führt zu der befremdlichen und geradezu paradoxen Lesart, dass demokratische Willensbildungsprozesse im Hinblick auf die Ausrichtung der deutschen Außen-

politik nicht nur von anderen Handlungszwängen überlagert werden, sondern auch, dass die Anpassung an diese Zwänge in der Öffentlichkeit nicht allzu selbstkritisch reflektiert werden muss, gerade weil sie ja bereits eine lebendige, selbstkritische Zivilgesellschaft und damit von der grundsätzlichen Notwendigkeit zur Selbstreflexion und zum Selbstzweifel entbunden sei.

Der Versuch durch die Abgrenzung zum Nationalsozialismus, Glaubwürdigkeit für einen nun berechtigten Machtanspruch Deutschlands in der Welt herzustellen, findet sich auch in der Rahmung der Sicherheitskonferenzrede von Verteidigungsministerin von der Leyen:

> Deutschland ist stark in Europa, aber vor allem ist Deutschland stark durch Europa und durch die NATO. Wir werden dies nie vergessen. Für viele Deutsche und für die Bundeswehr war Ewald-Heinrich von Kleist ein Vorbild für eine mutige und aufrechte Haltung. Er war bereit auch unter Gefahr für Leib und Leben, der Tyrannei der Nationalsozialisten die Stirn zu bieten. Gleichgültigkeit war für Ewald-Heinrich von Kleist keine Option. Dieses Vermächtnis werden wir immer in Ehren halten. (von der Leyen 2014a).

Im Schlusswort betont sie das Vorbild des Widerstandskämpfers Ewald-Heinrich von Kleist als Beispiel für einen selbstlosen Einsatz, das einer gleichgültigen Haltung gegenüber gestellt wird. Die historisch begründete Skepsis gegenüber einem internationalen Machtanspruch Deutschlands wird dadurch in Verbindung mit einem versteckten Vorwurf der Gleichgültigkeit gebracht.[18] Gleichzeitig wird für *uns (für viele Deutsche und für die Bundeswehr)* in Anspruch genommen, durch die Übernahme internationaler Macht Anteilnahme und Fürsorge gegenüber Dritten auszuüben. Das Versprechen, die Ursachen für die aktuelle Machtposition Deutschlands *nie* zu *vergessen* kann hier als Glaubwürdigkeitsverstärker gelesen werden: Deutschland sei ja nicht aufgrund seines eigenen Bestrebens *stark* geworden, sondern aufgrund seiner Partner und seiner Einbindung in Europa. Dass wir das Argument der Einbindung in multilaterale Bündnisse als Kontrolle und Garant für eine verantwortungsvolle Ausübung internationaler Macht vor allem als Glaubwürdigkeitsstrategie gegenüber der eigenen Bevölkerung verstehen, ergibt sich vor dem Hintergrund, dass die Diskursoffensive in Bezug auf den Umgang mit Bündnissen eine andere, eine neue pragmatische Strategie erkennen lässt.

Die neue pragmatische Bündnisstrategie: Das genuine Bekenntnis zu einem an die Normen der Vereinten Nationen gebundenen Multilateralismus hat sich bereits in den ersten zehn Jahren des 21. Jahrhunderts weitgehend verflüchtigt (Baumann 2006). Anstelle einer konsequenten Orientierung an der Herrschaft des Rechts und der Norm der unteilbaren Verantwortung der Staaten und Völker, unabhängig von der Frage

[18] Dass mit dem Vorwurf der Gleichgültigkeit der Versuch verbunden ist, Akzeptanz für einen erhöhten internationalen Machtanspruch Deutschlands herzustellen, ergibt sich auch aus von der Leyens Antwort im Interview mit die der Zeitung Die Zeit auf die Frage „Müssten wir dann nicht intensiver über eine Außen- und Sicherheitspolitik der EU nachdenken? Sie wollen stattdessen mehr deutsche Verantwortung.“ Von der Leyen antwortet: „Aber das ist doch der Kern der Debatte. Wenn ich sage, Gleichgültigkeit ist keine Option, meine ich: Wer sich raushält, hat keinen Einfluss“ (Von der Leyen 2014b).

ihrer jeweiligen Machtpotentiale, wird deutsche Außenpolitik gemäß des realistischen Handlungsskriptes nicht mehr von einem „reflexive multilateralism“ (Anderson und Goodman 1993, S. 60), sondern von einer Strategie des „multilateralism by demand“ bestimmt (Roos 2010, S. 294). Hierzu gehört – wie bereits eine Rekonstruktion des sogenannten Gestaltungsmächtekonzepts der Bundesregierung nahelegte (Roos 2012) – auch die Öffnung gegenüber neuen, nicht exklusiv *westlich* konstituierten Bündniskonstellationen.

Das Abstimmungsverhalten zur UN-Resolution 1973 zur Libyen-Intervention kann in diesem Zusammenhang als unmissverständliche Nachricht an die Welt gelten: Deutschland positioniert sich in einem multipolaren System unabhängig von seinen EU- und NATO-Partnern und signalisiert solcherart 1) seine grundsätzliche Ungebundenheit und damit 2) seine Fähigkeit auch neue Bündnisse zu bilden. Gemäß des neorealistischen Leitbildes deutscher Außenpolitik ist eine solche Öffnung nur konsequent, schließlich müssen die Staaten bemüht sein, ein Machtgleichgewicht im System herzustellen, zumindest jedoch in einer Situation der allgegenwärtigen Unsicherheit, der Kriegsanfälligkeit, der hektischen Betriebsamkeit mit Blick auf Informationsbeschaffung und Bündnispolitik, vermeiden, zu jenem Lager zu gehören, gegen das sich eine existenzbedrohende Übermacht ausbildet. Insofern die neuen Gestaltungsmächte zukünftig – so lautet die Annahme der rekonstruierten Diskurskoalition – in Relation zu den alten Mächten an Macht gewinnen werden, erscheint ein Bündnis mit diesen langfristig unausweichlich. Der zweite Teil des Titels des Gestaltungsmächtekonzepts *Neue Gestaltungsmächte als Partner* erläutert ganz im Sinne dieses Modells die Situation näher: Die neuen Gestaltungsmächte bilden neue Pole im Rahmen der neuen multipolaren Systemstruktur.

Potentiell handelt es sich bei jedem dieser neuen Pole um Partner in der permanenten Bewegungen unterliegenden Balancing-Partien. Aus neorealistischer Sicht könnte dies als Versuch gewertet werden, nach dem Ende der bipolaren Konstellation, während deren Dauer Deutschland Vasall und Trabentenstaat der USA gewesen ist, und nach dem Ende des unipolaren Moments, in dem Deutschland ebenfalls vom Wohlwollen und Schutz des US-Hegemons abhängig blieb, nun in einer multipolar konfigurierten Welt die eigene Sicherheit zu gewährleisten, gleichzeitig nach größerer Unabhängigkeit von den USA zu streben, ohne sich diese zum Feinde zu machen und gleichzeitig die ökonomischen Potentiale durch Bündnisse mit den neuen Polen zu maximieren. Dies wäre eine Welt, in der jeder Pol dieselben privilegierten Beziehungen zu anderen Polen anstrebt, sodass es zwangsläufig zu zahlreichen Interessenkonflikten kommen muss.[19] Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich das Konzept des *multilateralism by demand* also nicht durch ein genuines, an völkerrechtlichen Normen orientiertes Bekenntnis zu multilateralem Handeln auszeichnet, sondern eine Haltung beschreibt, in der über multilaterale Kooperationen von Fall zu Fall stets neu auf Grundlage der nationalen Interessen

[19] Diese Konstellation erinnert fatal an das Europa im Vorfeld des Ersten Weltkriegs: wachsende ökonomische Interdependenz, Überlegenheitsideologien, wechselnde Bündnisse, egoistische Gewinnmaximierungsstrategien und Komplexität des Systems aufgrund von *Multipolarität*. Das Atomwaffenpotential scheint die größte Differenz diesbezüglich darzustellen, sodass zu hoffen bleibt, dass dessen Abschreckungspotential so groß ist, dass sich der Konfliktaustrag *nur* auf Wirtschafts-, Geheimdienst- und Internetkriege beschränkt.

entschieden werden soll. Hierbei soll Deutschland potentiell mit allen Gestaltungsmächten gleichermaßen anschlussfähig operieren können.

Die Analyse des NMNV-Papiers ergibt insofern mit Blick auf die Positionierung zum *Westen* ein höchst ambivalentes Bild. Einerseits kann die offensichtliche Aufforderung, die Ressourcen der USA zu entlasten und zukünftig stärker in den Erhalt der westlich dominierten Weltordnung zu investieren, d. h. die eigenen Beiträge zum *burden sharing* anzuheben, als ein offensichtliches Leitmotiv des Papiers identifiziert werden. Daneben wird jedoch auch die nach 1989/1990 neugewonnene geopolitische Freiheit und die inzwischen erreichte Eigenständigkeit positiv konnotiert. Nimmt man noch das Konzept des relativen Machtverlustes der USA und des relativen Machtgewinns Deutschlands hinzu und kombiniert dies mit dem Bild des vom Niedergang der westlichen Ordnung hinterlassenen Machtvakuums, in das nun neben den aufstrebenden Schwellenländern auch Deutschland hineinströmt, wird deutlich, wie ambivalent die Positionierung zum und im Westen ausfällt. Deutschland erscheint sowohl als Teil des Westens, als auch als eigenständiger internationaler *Spieler* mit eigenen Interessen, die es sowohl EUropäisch als auch im Rahmen von NATO und UN durchzusetzen versucht. Dabei stehen die nationalen Interessen deutlich im Vordergrund. Ein genuines Bekenntnis zu Europa oder zur NATO wird nicht vorgenommen, es handelt sich um Instrumente, um „Kräfteverstärker" (SWP und GMF 2013, S. 42) zur Umsetzung deutscher Zwecke.

Die Kooperation mit den BRICS könnte dann als Versuch interpretiert werden, eine von den USA eigenständige, gegenüber den Schwellenländern nicht-konfrontative Strategie zur Sicherung genuin deutscher Interessen einerseits und zur langfristigen Durchsetzung und dem Erhalt westlicher Werte insgesamt andererseits zu realisieren. Dies wäre ggf. mit der früheren, von Egon Bahr konzipierten Ostpolitik Deutschlands zu vergleichen, bzw. könnte eventuell von dieser historischen Erfahrung bestärkt und informiert sein: Konfrontation lässt sich durch Annäherung abbauen. Grundsätzlich bemerkenswert ist dabei, dass im NMNV-Papier zumindest zwei konkurrierende Konzeptionen des transatlantischen Verhältnisses vorgenommen werden. Die erste kann als eine Konzeption beschrieben werden, die entlang traditioneller Linien orientiert ist, an der Idee einer unumstrittenen hegemonialen Rolle der USA im westlichen Bündnis festhält und *burden sharing* betont. Die zweite kann als Reformmodell bezeichnet werden, das die US-Führung für obsolet erachtet, die Eigenständigkeit Deutschlands als EUropäische Führungsmacht betont, für Deutschland als neue Macht eine größere weltpolitische Führungsrolle reklamiert und sich diesbezüglich als natürlichen Verbündeten beispielsweise der BRICS-Staaten begreift. Zur letzten Positionierung gehört auch die Idee, den letztlich zuvorderst über die NATO zusammengehaltenen Westen als Bündnisstruktur zu erhalten, hierbei jedoch die Unabhängigkeit des von Deutschland geführten europäischen Pols innerhalb des Westens hervorzuheben. Deutschland muss aus dieser Sicht ebenso grundsätzlich als Herausforderer der alten US-geführten Machtverteilung gelten wie etwa die BRICS-Staaten, jedoch mit anderer Akzentuierung. Während es bei den BRICS als offene Frage gelten kann, ob sie sich der alten Ordnung anzuschließen bereit sein oder eine alternative Weltordnung anstreben werden, zielt Deutschland auf den Erhalt der wesentlichen Elemente des bisherigen Systems, möchte jedoch das Machtgefüge der an dessen Ausgestaltung maßgeblich beteiligten Staaten zu den eigenen Gunsten

deutlich korrigieren. Jedenfalls schafft die *Strategie des neuen Pragmatismus*, d.h. die Flexibilisierung der Wertegebundenheit deutscher Außenpolitik, ebenfalls neue Bündnisoptionen.

3.4 Die Kernstrategie der Erweiterung und Begrenzung des politischen Möglichkeitenraums

Erst wenn die bis hierher rekonstruierten Strategien und Setzungen der den Diskurs um die *neue* deutsche Außenpolitik maßgeblich dominierenden Diskurskoalition danach untersucht werden, welche Wirkungen sie gemeinsam zeitigen, wird erkennbar, dass alle Elemente des Diskurses eine Kernstrategie ergeben, deren Ziel es ist, den politischen Möglichkeitenraum gleichzeitig zu erweitern und zu begrenzen.

Die durch nichts bewiesenen ontologischen Setzungen, das internationale System befände sich in einer Zeit epochaler Veränderungen und Umbrüche und die neorealistisch informierte These von der Externalisierung der Handlungsnotwendigkeit, die Idee also, dass systemische Zwänge in dieser Situation eine Anpassung deutscher Außenpolitik unvermeidbar machen, sollen einen „Legitimationsglauben" (Weber 1976, S 122) bezüglich der Notwendigkeit einer neuen deutschen Außenpolitik stiften. Dabei erweist sich die Strategie, eine Entwicklung oder Maßnahme als *alternativlos* erscheinen zu lassen, als omnipräsent. Zahllose Konsequenzen oder Lehren *müssen* gezogen werden und deutsche Außenpolitik *muss* sich in eine bestimmte Richtung bewegen. Diese *Alternativlosigkeitskonzeption* begrenzt den Möglichkeitenraum außenpolitischen Handelns, indem bisherige Handlungsweisen als *unmöglich, nicht mehr haltbar* oder *unzeitgemäß* gerahmt werden.

Die seit der Wiedervereinigung von der realpolitischen Diskurskoalition bekämpfte Kultur der Zurückhaltung ist hierbei das erste Opfer, der Parlamentsvorbehalt das zweite und das genuine Bekenntnis zum Multilateralismus ein weiteres. Dieselben ontologischen Setzungen ermöglichen gleichzeitig neue Handlungsoptionen: Eine proaktivere, pragmatischere, offensivere weltpolitische Rolle, zu der natürlich der Einsatz sämtlicher zur Verfügung stehenden Mittel wie selbstverständlich gehört, um die eigenen Sicherheitsinteressen zu wahren und den Wohlstand der deutschen Gesellschaft zu sichern.

3.5 Diskursive Auslassungen der außenpolitischen Diskursoffensive

Die Eigenheiten und Kontingenzen der dargelegten dominierenden Deutungsstrukturen für eine Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik werden durch die Kontrastierung mit Auslassungen und alternativen Deutungsstrukturen noch deutlicher. Gleichzeitig eröffnet die Darstellung der im Diskurs nicht oder nur vereinzelt vertretenen Thesen (Auslassungen) entgegen der bisher rekonstruierten Diskursverengung die Grundlage für eine tatsächliche Öffnung der Debatte über mögliche außenpolitische Handlungsoptionen und -ziele und damit einhergehend erst die Möglichkeit einer ergebnisoffenen Diskussion und Deliberation deutscher Außenpolitik. Anhand dieser Auslassungen möchten wir zeigen, wie spezifische Wirklichkeiten konstruiert werden, wie einzelne Deutungsmuster den Rahmen des Sag- und Denkbaren abstecken, während andere Narrative damit ausgeschlossen werden.

Auch die Rekonstruktion von Auslassungen basiert dabei notwendigerweise auf der Grundlage der Wissensbestände und Überzeugungen der Forschenden. Sie unterliegt damit unvermeidlichen Selektionskriterien, die in letzter Instanz nicht analytisch begründbar sind, sondern auf persönliche Werthaltungen zurückgehen. Den offenen und reflektierten Umgang damit verstehen wir, wie bereits in Abschnitt 2.2 ausführlicher dargelegt, als unvermeidlichen Bestandteil der Aufgabenbeschreibung sozialwissenschaftlicher Forschung. Deshalb scheuen wir in diesem Abschnitt (möglicherweise expliziter als zuvor) keine normativen Aussagen. Unsere Rekonstruktion ließ uns auf die weiter unten benannten Auslassungen aufmerksam werden. Andere ForscherInnen würden diese Auslassungen nicht, dafür andere bemerken.

Als wesentliche Auslassung rekonstruieren wir die fehlende Auseinandersetzung mit den Ursachen der skizzierten Bedrohungssituation. Die Ursachen für die beschriebenen Risiken und Bedrohungen werden nicht reflektiert und finden daher auch in Bezug auf mögliche Handlungsoptionen deutscher Außenpolitik keine Repräsentanz. Allerdings bezieht sich diese Feststellung in erster Linie auf das aus unserer Sicht diskursdominierende Narrativ, das überraschenderweise nicht von allen zentralen Akteuren im Detail geteilt wird. Gerade die Positionierung des Außenministers weicht in mancherlei Hinsicht davon ab. Entgegen früheren Annahmen (Roos 2010) begreifen wir deutsche Außenpolitik inzwischen nicht mehr als homogene Struktur kollektiven Handelns, sondern zunehmend als einen zu jedem Zeitpunkt vielstimmig umstrittenen, stets wandelbaren und in Teilen widersprüchlichen Handlungs- und Entscheidungsprozess.

Wie vor allem die Rekonstruktion der Deutungsmuster von Außenminister Frank-Walter Steinmeier sowohl in seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 als auch in einer hierzulande kaum beachteten Rede zur Zukunft der transatlantischen Partnerschaft in Washington, D.C. wenige Wochen darauf zeigt, muss etwa die Wahrnehmung der Notwendigkeit einer außenpolitischen Neuausrichtung angesichts einer sich wandelnden Weltordnung nicht zwangsläufig in der Rückbesinnung auf nationalstaatliche Interessen und deren machtbewussten Durchsetzung münden. So schließt sich Steinmeier zwar der These der grundsätzlichen Neuartigkeit der zukünftigen Weltsituation an. Er versteht sie auch als wichtigen Anlass für die Auseinandersetzung mit (Neu-)Begründungsversuchen der transatlantischen Beziehungen. Allerdings leite sich die Handlungsnotwendigkeit nicht aus einer dem Wandel der Welt vermeintlich eigenen Bedrohlichkeit ab, sondern vielmehr aus seiner Unbestimmtheit und Offenheit (Steinmeier 2014b). Auch aktuelle außenpolitische Krisen und gewaltsam ausgetragene Konflikte werden trotz des ihnen in der Sicherheitskonferenzrede zukommenden hohen Stellenwerts für die deutsche Außenpolitik nicht als Anlass genommen, um von einer insgesamt bedrohlichen Welt zu sprechen, der man sich ausgeliefert sehe. Aus ihr spricht vielmehr die Haltung, dass die weltpolitische Lage zielgerichtet bearbeitet werden kann (Steinmeier 2014a).

Die größte Herausforderung, gerade für die nächste Generation, bestehe darin, aus dieser Offenheit Chancen zu generieren: „In a world more open than ever before, young people face tough questions. These are global questions. They're not unique to the U.S. or Europe" (Steinmeier 2014b).

Das eigentliche außenpolitisch handlungsleitende Problem ergebe sich also aus Orientierungs- und Verwirklichungsschwierigkeiten in einer prinzipiell

unbestimmten Welt. Aus dieser Problembeschreibung leite sich ein Bedarf der *globalen* Regelsetzung zur Ermöglichung von Chancengleichheit ab, die entsprechend ihres (globalen) Geltungsbereichs und Wirkungshorizonts von einer internationalen Gemeinschaft getragen werden müsse und nicht an nationalstaatlichen Grenzen halt mache. Damit verbunden ist das geäußerte Bewusstsein für die notwendige Bereitschaft für Perspektivenwechsel und Reflexion als Erfolgsbedingung dieser globalen Regelsetzung. Als finaler Grund der von Steinmeier behaupteten außenpolitischen Handlungsnotwendigkeit lässt sich die Verteidigung universaler Bürger- und Menschenrechte rekonstruieren:

> So more than ever, we need a fair set of rules by which we treat each other and the planet we live on. […] For reasons of culture and history, we will not end up with the same answers on every issue. But the basic principle is what connects us: That it is up to democracy – and not to private firms or to government agencies – to set the rules of the game. (Steinmeier 2014b)

Die ausdrückliche Forderung, dass sich die notwendige Regelsetzung als demokratischer Aushandlungsprozess gestalten müsse, kann dabei durchaus als Kritik an der Praxis eines elitenorientierten und von privatwirtschaftlichen Interessen geleiteten außenpolitischen Entscheidungsprozesses (nicht nur im Rahmen der transatlantischen Beziehungen) verstanden werden. Entsprechend der obigen Problembeschreibung bemesse sich auch die zukünftige Bedeutung und die Beurteilung der Leistungsfähigkeit der transatlantischen Beziehungen (und entsprechend auch der jeweiligen nationalstaatlichen Außenpolitiken) vor allem daran, inwiefern sie *erstens* aus der Perspektive zukünftiger Generationen in der Lage sei, deren „weltsituationsspezifischen" Bedürfnisse vorausschauend zu vermitteln, und *zweitens* in diesem Rahmen die eigenen Werte zur Anwendung bringe (Steinmeier 2014b): „Wir brauchen ein geeignetes transatlantisches Forum, in dem wir Maßstäbe entwickeln, wie wir in der Ära von ‚Big Data' elementare Bürgerrechte sichern, welche Regeln für Regierungen, aber auch für Unternehmen in Zukunft gelten sollen" (Steinmeier 2014a).

Mit dieser an den tatsächlichen Wirkungen und Regelungsleistungen orientierten Bewertung der transatlantischen Beziehungen äußert Steinmeier gleichfalls implizite Kritik an einem transatlantischen Selbstverständnis (bzw. einer transatlantischen Selbstbegründung), das sich alleine auf einem Überzeugt-Sein von der Überlegenheit der westlichen Werte oder auf historisch gewachsene Selbstverständlichkeiten beruft (Steinmeier 2014b). Hierzu passt auch die Zurückweisung der Instrumentalisierung des Verantwortungsbegriffs als außenpolitische Vermarktungsfassade, denn „die Übernahme außenpolitischer Verantwortung müsse [muss] immer konkret sein" (Steinmeier 2014a).

Im Zusammenhang mit den Zielsetzungen der rekonstruierten Diskursoffensive ist auch die Kommentierung der Diskussion um den Einsatz militärischer Mittel zu verstehen, der Steinmeier mit einer ausdrücklichen Bejahung des Primats der Diplomatie entgegnet und damit der vermeintlichen Notwendigkeit einer militärischen Versicherheitlichungstendenz widerspricht: „Entscheidend ist aber vor allem anderen, dass wir gemeinsam mit anderen intensiver und kreativer darüber

nachdenken, wie wir den Instrumentenkasten der Diplomatie ausstatten und für kluge Initiativen nutzbar machen“ (Steinmeier 2014a). Doch die offenkundigste Differenz im Vergleich zu den diskursdominierenden Begründungsmustern besteht sicherlich in der bejahenden und gleichsam zupackenden Haltung gegenüber dem Wandel der Weltordnung und der absehbaren Einbußen internationaler Machtkonzentration auf Seiten der westlichen Welt:

> For some years now, both Europe and the U.S. have been preoccupied with their crises at home. Still others reacted by turning away from the old Western alliance. After all, the new power centers of the world would lie elsewhere. I think that none of these reactions is right.
> I think we should neither resign nor despair nor turn in nor turn away. We should welcome the competition of this multi-polar world and be confident that the Western model still has the most to offer! The ultimate test if the transatlantic relationship is alive and well is not if we can look at each other and say there are no differences between us. The ultimate test is if we can stand side by side, look at the world around us and embrace the competition. (Steinmeier 2014b)

Steinmeier heißt Multipolarität und Wettbewerb als bestimmende Merkmale der zukünftigen Weltordnung willkommen, ohne dabei reflexartig in Verlustängste zu verfallen und sich konfrontativ an den bestehenden Machtressourcen und damit verbunden geglaubter Handlungsoptionen festzuklammern.[20]

Zuletzt sei noch auf eine Auslassung der außenpolitischen Diskursoffensive verwiesen, die besonders augenfällig ist und auf den Begriff der Ignoranz gegenüber selbstinduzierten Ursachen für die als systemische Bedrohungen und Gefährdungen versicherheitlichten Phänomene bezeichnen lässt. Diese These stützt sich auf die Beobachtung, dass die Sprechakte der Diskursoffensive bei ihrer weltpolitischen *Lageanalyse* nur Symptome in den Blick nehmen und die diesen Symptomen zugrunde liegenden Ursachen nicht ansprechen:

> Diese neue Abhängigkeit und ihre Folgen werden besonders deutlich in der Sicherheitspolitik. Staaten sind nach wie vor die Hauptakteure der Weltpolitik; Macht, Konkurrenz und Geografie bleiben bestimmende Faktoren der internationalen Beziehungen. Die traditionellen Bedrohungen und Gefahren – Krieg, Proliferation von Massenvernichtungswaffen – sind weiterhin aktuell. Die Globalisierung hat jedoch die Privatisierung und Individualisierung der Gewalt – etwa in Form von Terrorismus und organisierter Kriminalität – beschleunigt. Sie hat zudem ein breites Spektrum grenzüberschreitender Risikofaktoren hinzugefügt, die oft gehäuft auftreten, sich gegenseitig verstärken, und gegen die staatliche Hoheitsgewalt nur wenig auszurichten vermag: Klimawandel, demografische Entwicklung, unkontrollierte Migration, Ressourcen- und

[20] Steven Weber und Bruce W. Jentleson beschreiben in *The End of Arrogance – America in the Global Competition of Ideas* (2010) eindrücklich, was es bedeutet, in einer multipolaren Weltordnung nicht an einer hegemonialen Logik der Interessensdurchsetzung festzuhalten und sich auf die Überlegenheit der eigenen Werte zu verlassen, sondern sich dem globalen Wettbewerb der Ideen zu stellen.

> Nahrungsmittelknappheit, Pandemien, schwache und versagende Staaten. Damit ist neben der Gefahrenabwehr das Risikomanagement zum neuen Paradigma der Sicherheitspolitik geworden. (SWP und GMF 2013, S. 4)

Terrorismus, Kriminalität, Migration und Nahrungsmittelknappheit werden als Sicherheitsrisiken *gesetzt*, doch über die Ursachen dieser *Risiken* wird nicht reflektiert. Welche Mechanismen und Eigenschaften des Weltsystems verursachen Migration und Nahrungsmittelknappheit? Welchen Anteil daran haben die Nachwirkungen der kolonialen Interventionen der heutigen Ersten Welt? Welchen Anteil haben die Orientierung an den Leitideen des Wohlstands und Wachstums und der ungezügelte Konsum von Fleisch und natürlichen Ressourcen? Welchen Anteil haben unsere Lebensweise, unsere Ziele und Zielverfolgungsstrategien am Klimawandel? Welchen Anteil hat die ungerechte Verteilung von Reichtum und Lebenschancen am Phänomen der Kriminalität und inwiefern speist auch unsere respektlose Ignoranz all dieser offensichtlichen Fragen das Phänomen des Terrorismus? Die Unterlassung dieser Reflexion, das Nicht-Thematisieren der eigentlichen Ursachen der skizzierten *Sicherheitsbedrohungen* ermöglicht es, einen nicht unerheblichen Teil des generierten Wachstums und Wohlstands in die Absicherung desselben vor diesen *Bedrohungen* – also in die bloße Symptombehandlung – zu investieren, statt diese Ressourcen in die Bekämpfung der eigentlichen, nämlich von uns selbst maßgeblich mit herbeigeführten Ursachen umzuleiten.

4 Fazit

In diesem Beitrag haben wir auf der Grundlage einer umfangreichen Rekonstruktionsarbeit eine Theorie über die Begründungsmuster und grundlegenden Handlungsregeln einer aktuell besonders dominanten Diskurskoalition vorgeschlagen. Als grundlegende Beobachtung ergibt sich daraus ein wiedererstarkendes Primat des Neorealismus und damit einhergehend eine von Machtverhältnissen und deren systemischen Veränderung ausgehende Argumentationsstrategie. So erweist sich die These der *aufsteigenden Mächte* als ein zentraler Beweggrund der rekonstruierten Krisenbeschreibungen deutscher Außenpolitik. Die Forderung dieser aufsteigenden Mächte nach mehr Teilhabe symbolisiere das Ende der bisherigen systemischen Ordnung und wird unter Rückgriff auf neorealistische Theoriefiguren als Sicherheitsrisiko interpretiert.

Ausgehend von der Dominanz des neorealistischen Paradigmas lassen sich mehrere damit einhergehende Strategien erkennen. Insofern die Begründung einer notwendigen Adjustierung deutscher Außenpolitik im Wesentlichen auf eine Bedrohungswahrnehmung rekurriert, lässt sich eine Versicherheitlichungsstrategie im Sinne Ole Wævers beobachten. Nicht nur begrifflich wird aus der *Außenpolitik* die *Außen- und Sicherheitspolitik*, sondern Außenpolitik wird in ihrer funktionalen Gesamtheit fast ausschließlich als Instrument zur Gewährleistung nationalstaatlicher Sicherheit besprochen. Im Zuge der Versicherheitlichung konnten wir auch eine Strategie der Ent-Parlamentarisierung deutscher Außenpolitik rekonstruieren. So rekurrieren die Forderungen nach einer Lockerung des Parlamentsvorbehalts

bezüglich des Einsatzes deutscher Streitkräfte auf das Konzept des permanenten Ausnahmezustands. Wenn die Krise permanent, die Bedrohung allgegenwärtig ist, muss die Regierung schnell entscheiden können, um die Sicherheit und den Fortbestand des deutschen Staats und seiner Bevölkerung zu gewährleisten. Die Ent-Parlamentarisierung geht einher mit einer Strategie der Ent-Demokratisierung, die wir unter anderem aus den im Duktus der eindringlichen Überzeugung vorgetragenen Überredungsversuchen herauslesen, die darauf zielen, eine mehrheitlich hartnäckig pazifistisch gestimmte Bevölkerung zum Umdenken zu bewegen. In diesem Zusammenhang lässt sich eine weit vorangeschrittene Expertokratisierung ausmachen, die nicht allein auf die Beratung des politischen Systems zielt, sondern der die unmittelbare Beteiligung der wissenschaftlichen Elite an den Herstellungsprozessen kollektiv bindender Entscheidungen als selbstverständlich gilt.

Letztendlich gehen die vielfältigen Setzungen und Strategien in einer überraschend eindeutigen Zielsetzung auf: Als finale Gründe rekonstruieren wir den Erhalt der liberalen Wirtschaftsordnung und des Freihandelssystems, der wiederum in letzter Instanz dem Erhalt des deutschen Wohlstands und Lebensstandards dienen soll. Diese Zielsetzung lässt sich allerdings nicht als das Ergebnis einer offen ausgetragenen Aushandlung der letzten handlungsleitenden Ziele deutscher Außenpolitik (finale Gründe) lesen, sondern muss als das Ergebnis der dominierenden Eigenlogik des Diskurses, insbesondere der Zentralität der Bedrohungswahrnehmung und der damit in Verbindung stehenden fünf rekonstruierten Strategien verstanden werden, die eine solche Debatte überraschend konsequent vermeidet.

Wie sehr es sich bei dieser aktuell diskursdominanten Begründungsstruktur um eine keineswegs zwangsläufige Verengung des Möglichkeitenraumes handelt, zeigen alternative Begründungsstrukturen, wie sie z. B. Außenminister Steinmeier vertritt und die von den anderen DiskursteilnehmerInnen, im Großen und Ganzen betrachtet, marginalisiert oder ganz ausgelassen werden. Aus einer nicht in erster Linie negativen, sondern chancenreichen Bewertung des beobachteten globalen Wandels leitet sich für Steinmeier die Zielsetzung ab, eine demokratische Regelsetzung auf internationaler Ebene zu ermöglichen. Dies ergibt sich aus dem finalen Grund der Durchsetzung elementarer Bürger- und Menschenrechte. Dass die Beiträge der rekonstruierten Diskursoffensive grundsätzlich zwar eine große Zahl von Risiken, Problemen und Gefahren beschreiben, sowie Methoden und Maßnahmen zu deren Bekämpfung vorschlagen, dabei jedoch an keiner Stelle eine Reflexion der Frage erfolgt, worin die Ursachen für diese *Bedrohungen* bestehen, stellt eine besonders bemerkenswerte und *offensichtliche* Auslassung dar. Insofern die Reflexion der Ursachen der behaupteten Bedrohungen nicht erfolgt, wird die Frage nach dem eigenen Anteil an der Situation gar nicht erst gestellt.

Während bis Mitte des vergangenen Jahrzehnts Beschreibungen von der Kontinuität deutscher Außenpolitik den Diskurs dominierten, die diese Kontinuität zugleich lobten (Gareis 2005; Maull 2006; Pradetto 2006; Szabo 2006), betont der Forschungsstand – nach einer kurzen Phase zunehmender Verweise auf die neu ausgerichtete und auch mit Blick auf ihren Wertekompass grundsätzlich veränderte deutsche Außenpolitik (Baumann 2006; Hellmann et al. 2008; von Bredow 2006) – nunmehr erneut die Kontinuität der grundlegende Werte derselben, fordert jedoch entweder deren Anpassung an eine sich verändernde Umwelt (Maull 2015) oder an

„neue Herausforderungen“ (Müller 2015). Dabei sticht ins Auge, dass einige – aus normativer Sicht weniger überzeugende – Kontinuitätselemente deutscher Außenpolitik (Roos 2010, 2012; Roos und Seidl 2015) weitgehend ausgeblendet werden und die Frage, welche Auswirkungen die geforderten *Anpassungen* auf die Identität deutscher Außenpolitik zeitigen, nicht gestellt wird. Dabei erweist sich das Primat deutscher Interessen, das aufgrund der vorliegenden Befunde als maßgeblich von den Werten *Wohlstand* und *Wachstum* bestimmt verstanden werden kann, als zentral. Als Kontinuitätsmoment deutscher Außenpolitik erweist sich außerdem das Streben nach größerer relativer und absoluter Macht im zwischenstaatlichen System. Dieses wird vom besonderen Einfluss neorealistischer Theoriefiguren auf das Weltbild der politischen Akteure bestimmt. Die Orientierung am Leitwert *Sicherheit* erklärt auch die rekonstruierte Strategie der Versicherheitlichung. Als ebenso stabil erweist sich der Trend zur Ausweitung exekutiver Handlungsspielräume, der wie die Befunde nahelegen, potentiell ent-demokratisierend wirkt. Und auch der Befund einer pragmatischen Bündnisstrategie in einer als multipolar verstandenen Welt entpuppt sich als überaus hartnäckig.

Das sich aus der Summe dieser Setzungen, Strategien und finalen Gründe ergebende Muster unterscheidet sich diametral vom lange Zeit diskursbestimmenden Idealtypus einer Zivilmacht. Das zivilmächtige Narrativ ist bestimmt nicht erst angesichts der jüngsten Diskursoffensive in die Defensive geraten, sondern begann seine Stellung als Leitmotiv im Diskurs bereits vor geraumer Zeit einzubüßen (Roos 2012). Inzwischen droht die zivilmächtige Identität und Sprache jedoch vollständig verlustig zu gehen. Die Rekonstruktion der diskursiven Auslassungen hat gezeigt, wie konsequent zivilmächtige Werte ignoriert werden können, um eine Weltsicht zu zeichnen, die von Bedrohung, Sicherheitserwägungen, Machtpolitik, systemischen Zwängen und wechselnden Bündnissen geprägt sei und aus deren Perspektive es als schlichtweg fahrlässig gelten muss, sich maßgeblich von den Konzepten der offenen Zukunftsgestaltung, der Friedensbemühungen durch Diplomatie und Gerechtigkeit in der *einen* Welt und dem genuinen Bekenntnis zu multilateraler Kooperation leiten zu lassen.

Solange wir noch in solchen zivilmächtigen Alternativen zu denken vermögen, sollten diese Gedanken in unseren Beratungen, Selbstvergewisserungen und Weltbeschreibungen Berücksichtigung finden, denn wenn wir die These von der sozialen Konstruktion der Wirklichkeit für plausibel erachten, sind wir mit dem Gebrauch unserer heutigen Worte für die Zukunft dieser Wirklichkeit (mit-)verantwortlich.

Literatur

Adorno, T. (1931/1990). Die Aktualität der Philosophie. In R. Tiedemann, von G. Adorno, S. Buck-Morss, & K. Schultz (Hrsg.), *Gesammelte Schriften in zwanzig Bänden, Bd. 1, Philosophische Frühschriften* (S. 325–340). Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Anderson, J. J., & Goodman, J. B. (1993). Mars or Minerva? A United Germany in a Post-Cold War Europe. In R. O. Keohane, J. S. Nye, & S. Hoffmann (Hrsg.), *After the Cold War. International Institutions and State Strategies in Europe, 1989–1991* (S. 23–62). Cambridge: Harvard University Press.

Bald, D. (2008). Paradigmenwechsel der deutschen Militärpolitik – Von der Verteidigung zur Intervention. In P. Schlotter, W. Nolte, & R. Grasse (Hrsg.), *Berliner Friedenspolitik? Militärische Transformation – zivile Impulse – Europäische Einbindung* (S. 41–59). Baden-Baden: Nomos.

Baumann, R. (2006). *Der Wandel des deutschen Multilateralismus: Eine diskursanalytische Untersuchung deutscher Außenpolitik*. Baden-Baden: Nomos.

Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Berlin: Suhrkamp.

Bell, A., Dembinski, M., Gromes, T., & Meyer, B. (2014). Früher, entschiedener, substanzieller? Engagiertes außenpolitisches Handeln und militärische Zurückhaltung sind kein Widerspruch. *HSFK Standpunkte*, (1).

Bendix, D. (2013). Auf den Spuren kolonialer Macht. Eine genealogische Dispositivanalyse von Entwicklungspolitik. In U. Franke & U. Roos (Hrsg.), *Rekonstruktive Methoden der Weltpolitikforschung: Anwendungsbeispiele und Entwicklungstendenzen* (S. 181–218). Baden-Baden: Nomos.

Bittner, J., & Naß, M. (2014, 6. Feb.). Kurs auf die Welt. Zeit Online. http://www.zeit.de/2014/07/deutsche-aussenpolitik-sicherheitskonferenz. Zugegriffen: 25. Nov. 2015.

Boltanski, L. (2010). *Soziologie und Sozialkritik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bourdieu, P. (1992/2005). *Die verborgenen Mechanismen der Macht*. Hamburg: VSA-Verlag.

von Bredow, W. (2006). *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

BVerfGE (Bundesverfassungsgericht) 68, 1 vom 18. (1984). Atomwaffenstationierung. http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv068001.html. Zugegriffen: 18. Dez. 2015.

Celikates, R. (2005). Die Zukunft der Gesellschaftskritik. Zur politischen Funktion der Kultur- und Sozialwissenschaften. *Vorgänge, 44*(1), 93–99.

Daase, C. (2010). Der erweiterte Sicherheitsbegriff. Working Paper, 1/2010, Sicherheitskultur im Wandel. http://www.sicherheitskultur.org/fileadmin/files/WorkingPapers/01-Daase.pdf. Zugegriffen: 9. Nov. 2015.

Dalgaard-Nielsen, A. (2006). *Germany, pacifism and peace enforcement*. Manchester: Manchester University Press.

Dietz, A. (2011). *Das Primat der Politik in kaiserlicher Armee, Reichswehr, Wehrmacht und Bundeswehr: Rechtliche Sicherungen der Entscheidungsgewalt über Krieg und Frieden zwischen Politik und Militär*. Tübingen: Mohr Siebeck.

Foucault, M. (1969/1981). *Archäologie des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Foucault, M. (1972/2005a). Theorien und Institutionen des Strafvollzugs. In D. Defert & F. Ewald (Hrsg.), *Analytik der Macht* (S. 64–68). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Foucault, M. (1975). *Der Fall Rivière. Materialien zum Verhältnis von Psychiatrie und Strafjustiz*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Foucault, M. (1981/2005b). Die Maschen der Macht. In D. Defert & F. Ewald (Hrsg.), *Analytik der Macht* (S. 220–239). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Franke, U., & Roos, U. (2010). Rekonstruktionslogische Forschungsansätze. In C. Masala, F. Sauer, & A. Wilhelm (Hrsg.), *Handbuch der Internationalen Politik* (S. 285–303). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Franke, U., & Roos, U. (2013). Einleitung: Zu den Begriffen „Weltpolitik" und „Rekonstruktion". In U. Franke & U. Roos (Hrsg.), *Rekonstruktive Methoden der Weltpolitikforschung: Anwendungsbeispiele und Entwicklungstendenzen* (S. 7–29). Baden-Baden: Nomos.

Franke, U., & Roos, U. (2014). Rekonstruktive Ansätze der Internationalen Beziehungen und Weltpolitikforschung: Objektive Hermeneutik und Grounded Theory. In C. Masala & F. Sauer (Hrsg.), *Handbuch Internationale Beziehungen (online first)*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gareis, S. B. (2005). *Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik. Eine Einführung*. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Gauck, J. (2014. 31. Jan.). Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen. Der Bundespräsident. http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.html. Zugegriffen: 9. Nov. 2015.

Geis, A. (2008). Militär und Friedenspolitik – Dilemmata der deutschen „Zivilmacht". In P. Schlotter, W. Nolte, & R. Grasse (Hrsg.), *Berliner Friedenspolitik? Militärische Transformation – zivile Impulse – Europäische Einbindung* (S. 60–82). Baden-Baden: Nomos.

George, A. L. (1969). The „operational code": A neglected approach to the study of political leaders and decision-making. *International Studies Quarterly, 13*(2), 190–222.

GG – Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (2014). Präambel, Artikel 32, 56, 65, 71, 73.

Hajer, M. (1993). Discourse coalitions and the institutionalization of practice: The case of acid rain in Great Britain. In F. Fischer & J. Forester (Hrsg.), *The argumentative turn in policy analysis and planning* (S. 43–76). Durham: Duke University Press.

Hellmann, G. (2013). Reflexive Sicherheitspolitik als antihegemoniales Rezept: Deutschlands Sicherheit und seine Gewandelte Strategie. http://www.fb03.uni-frankfurt.de/47830385/apuz_2013_anm_www.pdf. Zugegriffen: 9. Nov. 2015.

Hellmann, G. (2015). Im offensiven Mittelfeld – Deutschlands neue Spielmacher-Rolle in der europäischen Politik. In G. Hellmann, D. Jacobi, & U. Stark Urrestarazu (Hrsg.), *„Früher, entschiedener und substantieller"? Die neue Debatte über Deutschlands Außenpolitik* (Sonderheft der Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Bd. 6) (S. 473–491). Wiesbaden: Springer VS.

Hellmann, G., Weber, C., & Sauer, F. (2008). *Die Semantik der neuen deutschen Außenpolitik. Eine Analyse des außenpolitischen Vokabulars seit Mitte der 1980er Jahre*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Herschinger, E., & Renner, J. (2014). *Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen*. Baden-Baden: Nomos.

Hill, C. (2003). *The changing politics of foreign policy*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Keller, R. (2005). *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Keller, R. (2007). Diskurse und Dispositive analysieren. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse als Beitrag zu einer wissensanalytischen Profilierung der Diskursforschung. *Forum Qualitative Sozialforschung, 8*(2). http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/rt/printerFriendly/243/537. Zugegriffen: 18. Nov. 2015.

Kiesewetter, R. (2015). Die Bundeswehr als Instrument (neuer) deutscher Außenpolitik. In G. Hellmann, D. Jacobi, & U. Stark Urrestarazu (Hrsg.), *„Früher, entschiedener und substantieller"? Die neue Debatte über Deutschlands Außenpolitik* (Sonderheft der Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Bd. 6) (S. 355–364). Wiesbaden: Springer VS.

Krüger, U. (2013). *Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse*. Köln: Herbert von Halem Verlag.

Kuck, K., & Scholz, R. (2013). Quantitative und qualitative Methoden der Diskursanalyse als Ansatz einer rekonstruktiven Weltpolitikforschung. Zur Analyse eines internationalen Krisendiskurses in der deutschen Presse. In U. Franke & U. Roos (Hrsg.), *Rekonstruktive Methoden der Weltpolitikforschung: Anwendungsbeispiele und Entwicklungstendenzen* (S. 219–270). Baden-Baden: Nomos.

von der Leyen, U. (2014a, 31. Jan.). Rede der Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, anläßlich der 50. Münchner Sicherheitskonferenz München, 31. Januar 2014. Bundesministerium der Verteidigung. http://www.bmvg.de/resource/resource/MzEzNTM4MmUzMzMyMmUzMTM1MzMyZTM2MzEzMDMwMzAzMDMwMzAzMDY4NzIzMzcyNzE2NjM3NmMyMDIwMjAyMDIw/2014-01-31%20Rede%20BMin%20von%20der%20Leyen%20MSC%202014.pdf. Zugegriffen: 10. Nov. 2015.

von der Leyen, U. (2014b, 4. Sep.). „… dann ist die NATO tot", Interview mit Ursula von der Leyen. http://www.zeit.de/2014/35/von-der-leyen-nato-waffenlieferungen. Zugegriffen: 10. Nov. 2015.

Luhmann, N. (1986). *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* Opladen: Westdeutscher Verlag.

Maihold, G. (2014). Zwischen Selbstbeschau und Machtinvestition. Deutsche Außenpolitik vor neuen Herausforderung. *WeltTrends: Zeitschrift für internationale Politik, 22*(96), 40–50.

Maull, H. W. (1992). Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland. Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik. Europa-Archiv, (10), 269–278.

Maull, H. W. (2006). Introduction. In H. W. Maull (Hrsg.), *Germany's uncertain power: Foreign policy of the Berlin Republic* (S. 1–12). Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Maull, H. W. (2011). Deutsche Außenpolitik: Orientierungslos. *Zeitschrift für Politikwissenschaft, 21*(1), 93–117.

Maull, H. W. (2014). Deutsche Außenpolitik: zwischen Selbstüberschätzung und Wegducken. *GIGA Focus*, (1).

Maull, H. W. (2015). Deutsche Außenpolitik – Verantwortung und Macht. In G. Hellmann, D. Jacobi, & U. Stark Urrestarazu (Hrsg.), *„Früher, entschiedener und substantieller"? Die neue Debatte über Deutschlands Außenpolitik* (Sonderheft der Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Bd. 6) (S. 213–237). Wiesbaden: Springer VS.

May, T. (2011). A new neo-pragmatism: From James and Dewey to Foucault. *Foucault Studies*, (11), 54–62.

Moon, D. J. (2004). The current state of political theory. Pluralism and reconciliation. In S. K. White & D. J. Moon (Hrsg.), *What is political theory?* (S. 12–29). London: SAGE.

Müller, H. (2011). Ein Desaster. Deutschland und der Fall Libyen. Wie sich Deutschland moralisch und außenpolitisch in die Isolation manövrierte. *HSFK-Standpunkte*, (2).

Müller, H. (2015). Die unterschätzten Stärken deutscher Diplomatie und die Tücken der Selbst-Illusionierung. In G. Hellmann, D. Jacobi, & U. Stark Urrestarazu (Hrsg.), *„Früher, entschiedener und substantieller"? Die neue Debatte über Deutschlands Außenpolitik* (Sonderheft der Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Bd. 6) (S. 335–354). Wiesbaden: Springer VS.

Nonhoff, M. (2011). Konstruktivistisch-pragmatische Methodik. Ein Plädoyer für die Diskursanalyse. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 18*(2), 91–107.

Oevermann, U. (1991). Genetischer Strukturalismus und das sozialwissenschaftliche Problem der Erklärung der Entstehung des Neuen. In S. Müller-Doohm (Hrsg.), *Jenseits der Utopie. Theoriekritik der Gegenwart* (S. 267–336). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Peirce, C. S. (1878/1992). How to make our ideas clear. In N. Houser & C. Kloesel (Hrsg.), *Volume I (1867–1893)* (The essential Peirce. Selected philosophical writings) (S. 124–141). Bloomington: Indiana University Press.

Peirce, C. S. (1934/1965). *Volume V: Pragmatism and pragmaticism and Volume VI: Scientific metaphysics.* (Collected Papers of Charles Sanders Peirce 3). Cambridge (MA): Belknap Press.

Pradetto, A. (2006). The polity of German foreign policy: Changes since unification. In H. W. Maull (Hrsg.), *Germany's uncertain power: foreign policy of the Berlin Republic* (S. 15–28). Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Reichwein, A. (2013). *Hans J. Morgenthau und die Twenty Years' Crisis. Eine kontextualisierte Interpretation des realistischen Denkens in den IB*. Frankfurt am Main: Dissertation, Goethe- Universität Frankfurt.

Renvert, N. (2014). Think Tanks. *Internationale Politik, 62*(6), 56–61.

Rode, R. (2014). Verantwortung und Intervention: Weltmoralmacht Deutschland. *WeltTrends: Zeitschrift für internationale Politik, 22*(96), 59–65.

Roos, U. (2003). *Kulturelle Bedeutungen und zivilreligiöse Vorstellungen in der amerikanischen Sicherheitspolitik*. Frankfurt am Main: Diplomarbeit, Goethe-Universität Frankfurt am Main. http://publikationen.ub.uni-frankfurt.de/frontdoor/index/index/docId/3025. Zugegriffen: 19. Nov. 2015.

Roos, U. (2010). *Deutsche Außenpolitik. Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Roos, U. (2012). Werte und Ziele deutscher Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Das sogenannte „Gestaltungsmächtekonzept" der Bundesrepublik Deutschland. Eine Rekonstruktion. https://www.philso.uni-augsburg.de/lehrstuehle/politik/politik1/lehre_und_studium/pdf-Sammlung/Kodierschemata-PDF.pdf. Zugegriffen: 18. Dez. 2015.

Roos, U. (2013). Grounded Theory als Instrument der Weltpolitikforschung. Die Rekonstruktion außenpolitischer Kultur als Beispiel. In U. Franke & U. Roos (Hrsg.), *Rekonstruktive Methoden der Weltpolitikforschung: Anwendungsbeispiele und Entwicklungstendenzen* (S. 309–348). Baden-Baden: Nomos.

Roos, U. (2015). Beliefs and loyalties in world politics: A pragmatist framework for analysis. In G. Hellmann & K. E. Jørgensen (Hrsg.), *Theorizing foreign policy in a globalized world* (S. 176–198). Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Roos, U., & Seidl, T. (2015). Im „Südwesten" nichts Neues? Eine Analyse der deutsch-namibischen Beziehungen als Beitrag zur Rekonstruktion der außenpolitischen Identität des deutschen Nationalstaats. *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung, 4*(2), 182–224.

Rungius, C. (2013). *Deutsch-amerikanische Beziehungen in einer multipolaren Weltordnung. Eine pragmatistisch angeleitete Interpretation von Sprechakten deutscher Außenpolitik*. Augsburg: Masterarbeit, Universität Augsburg.

Sandschneider, E. (2012). Deutsche Außenpolitik: eine Gestaltungsmacht in der Kontinuitätsfalle. *Aus Politik und Zeitgeschichte, 62*(10), 3–9.

Schaal, G., & Heidenreich, F. (2009). *Einführung in die Politischen Theorien der Moderne* (2. Aufl.). Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Schetter, C. (2014). Sicherheit statt Frieden. *WeltTrends: Zeitschrift für internationale Politik, 22*(96), 33–39.

Schwab-Trapp, M. (2001). Diskurs als soziologisches Konzept. In R. Keller, A. Hirseland, W. Schneider, & W. Viehöver (Hrsg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse* (S. 261–283). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Steinmeier, F.-W. (2014a, 1. Feb.). Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier anlässlich der 50. Münchner Sicherheitskonferenz. Auswärtiges Amt. http://www.auswaertiges-amt.de/sid_0EEB43D1066AE45F2A36CDB5B6145357/DE/Infoservice/Presse/Reden/2014/140201-BM_M%C3%BCSiKo.html. Zugegriffen: 10. Nov. 2015.

Steinmeier, F.-W. (2014b, 28. Feb.). Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier bei der Brookings Institution in Washington: „Transatlantic Ties for a New Generation". Auswärtiges Amt. http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2014/140228-BM_Brookings_Institution.html. Zugegriffen: 10. Nov. 2015.

Strauss, A. (1987). *Qualitative analysis for social scientists*. Cambridge: Cambridge University Press.

Strauss, A. (1994). *Grundlagen qualitativer Sozialforschung: Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen und soziologischen Forschung*. München: Fink.

Strauss, A., & Corbin, J. (1998). *Basics of Qualitative Research: Techniques and Procedures for Developing Grounded Theory*. Thousand Oaks: SAGE.

Strübing, J. (2005). *Pragmatistische Wissenschafts- und Technikforschung. Theorie und Methode*. Frankfurt am Main: Campus.

SWP– Stiftung Wissenschaft und Politik, & GMF– German Marshall Fund of the United States. (Hrsg.). (2013). Neue Macht, Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/projekt_papiere/DeutAussenSicherhpol_SWP_GMF_2013.pdf. Zugegriffen: 10. Nov. 2015.

Szabo, S. F. (2006). Parting Ways: The German-American Relationship after Iraq. In H. W. Maull (Hrsg.), *Germany's uncertain power: foreign policy of the Berlin Republic* (S. 122–136). Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Tuschhoff, C. (2015). Distanzverbreiterung vs. Gemeinschaftsbildung: Die Rolle von Medien und Denkfabriken bei der Verarbeitung der Rede von Bundespräsident Gauck. In G. Hellmann, D. Jacobi, & U. Stark Urrestarazu (Hrsg.), *„Früher, entschiedener und substantieller"? Die neue Debatte über Deutschlands Außenpolitik* (Sonderheft der Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Bd. 6) (S. 99–122). Wiesbaden: Springer VS.

Varwick, J. (2014). Statement des Sachverständigen Prof. Dr. Johannes Varwick, Deutscher Bundestag, Kommission Parlamentsrechte bei Auslandseinsatz der Bundeswehr, Ausschussdrucksache 18(26)016b. http://www.bundestag.de/blob/296760/3f17b8f159c1b4fec836c6646674d762/18-26-016b_statement-varwick-pdf-data.pdf. Zugegriffen: 10. Nov. 2015.

Vertzberger, Y. (1993). *The world in their minds: information processing, cognition, and perception in foreign policy decisionmaking*. Stanford: Stanford University Press.

Wæver, O. (1995). Securitization and Desecuritization. In R. D. Lipschutz (Hrsg.), *On Security* (S. 46–86). New York: Columbia University Press.

Wæver, O. (2002). Identity, community and foreign policy. Discourse analysis as foreign policy theory. In L. Hansen, & O. Wæver (Hrsg.), *European integration and national identity: the challenge of the Nordic state* (S. 20–49). London: Routledge.

Weber, M. (1921/1976). *Wirtschaft und Gesellschaft* (5. Aufl.). Tübingen: Mohr Siebeck.

Weber, M. (1922/1988). Der Sinn der „Wertfreiheit" der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften. In J. Winckelmann (Hrsg.), *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre* (S. 489–540). Tübingen: Mohr Siebeck.

Willke, H. (2014). *Regieren: Politische Steuerung komplexer Gesellschaften*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.